Die „Volkswacht“ erscheint täglich Nachmittag außer Sonntag und ist durch die Expedition, Neue Graupenstr. 5/6, durch die Post und durch Colporteure zu beziehen. Preis vierteljährlich Mk. 3.10, pro Woche 25 Pf. Postzeitungsliste Nr. 7103.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Insertionsgebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfennige, für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 10 Pfennige. Inserate für die nächste Nummer müssen bis Vormittag 9 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Organ für die Interessen der Arbeiterklasse.

Mit der illustrirten Beilage die „Neue Welt“.

Nr. 63. Breslau, Donnerstag, den 14. März 1895. VI. Jahrgang.

Karl Marx.*)

Im Arbeitskittel vieler Tausend
Sie sitzen, stehen zumal,
Und ihr Gemurmel füllet brausend
Den Riesensaal.

In allen Sprachen, in den Zungen
Der Weltnationen dort
Dem todten Kämpfer ist erklungen
Ein Abschiedswort.

Der Russe: „Wo Despoten thronen
Bei uns durch Graus und Nacht
An ihrer Kette zerr'n Millionen
Wird sein gedacht!“

Der Franke: „Wie ein Weltbefreier
Von Völkerhaß und Krieg
Focht er, und diese Todtenfeier
Bürgt uns den Sieg!“ —

Der Britte sprach: „Geliebt in Hütten
Gefürchtet im Palast,
Hat er gelebt, gewirkt, gestritten,
Ohn' Hast und Rast.“

Der Deutsche sprach: „In Liebe wollen
Wir vor den Andern heut'
Dem Denker wie dem Kämpfer zollen
Ein Grabgeläut. —

„Sein Name, wo Maschinen schwirren
Bei uns in Stadt und Land,
Die Fenster der Fabrik erklirren,
Wird heut' genannt!

„Denn wie einst neu die Himmelskunde
Copernikus erschuf,
Dem Wissen scholl aus seinem Munde
Ein Werderuf.

„Dem Wissen von des Volkes Leiden
Und von der Arbeit Qual.
Der Götze schon liegt im Verscheiden,
Das Capital!

„Er hat für unsern Kampf auf Erden,
Ein scharfes Schwert verlieh'n,
Daß eine neue Welt soll werden;
Drum ehret ihn!

„Noch gab uns ein Geschenk kein Spender
Dem Donnerworte gleich:
Ihr Proletarier aller Länder,
Vereinigt Euch!“

*) Unserem unvergeßlichen Vorkämpfer zu seinem Todestage (14. März 1883) gewidmet von Leopold Jacoby. Vorgetragen im Cooper Institut zu New-York am 19. März 1883.

Vom Dreiklassenwahlsystem und seiner Entwickelung zu Gunsten der Meistbesitzenden.

B. G. Der Minister des Innern hat vor kurzem im Abgeordnetenhause mit Bezug auf die Landtagswahlen einen Auszug aus der Wahlstatistik von 1893 angekündigt und denselben in seiner „Berliner Correspondenz“ veröffentlichen lassen. Bei seiner neulichen Ankündigung dieses Auszuges hob er anscheinend mit vieler Genugthuung hervor, daß die vielerseits erwartete und gefürchtete Verschiebung des Wahlrechts im plutokratischen Sinne, zu Nutz und Frommen der ohnehin so ungeheuer bevorzugten Großbesitzenden nicht eingetreten sei.

Diese Behauptung entspricht aber in Wahrheit durchaus nicht den Thatsachen. In dem Wahlgesetz waren, in Folge des Widerstandes der Conservativen und auch der Regierung gegen alle Vorschläge, welche unser bekanntlich so überaus jammervolles Dreiklassenwahlsystem wenigstens etwas zu verbessern bestimmt waren, schließlich nur zwei Abänderungsbestimmungen übrig geblieben: erstens wird den Urwählern, die nicht zur directen Staatssteuer veranlagt sind, ein Betrag von 3 Mark als fingirte*) Einkommensteuer angerechnet und zweitens werden die Abtheilungen — die Klassen — nicht mehr für die ganze Gemeinde, sondern für jeden Urwahlbezirk gebildet.

Die erste dieser Neuerungen — der fingirte Steuersatz von 3 Mark — hat nun besonders auf dem platten Lande eine erhebliche Wirkung ausgeübt, weil dort ein viel größerer Theil der Bevölkerung zu denjenigen Urwählern gehört, welche ihres geringen Einkommens wegen zu directen Staatssteuern nicht veranlagt sind, während in den Städten, wo verhältnißmäßig beträchtlich mehr directe Staatssteuern zahlende Urwähler vorhanden sind, der fingirte 3-Mark-Satz viel weniger in's Gewicht fiel.

Die zweite Neuerung, die in der bezirksweisen Abtheilung der Urwähler besteht, hat dagegen doch wenigstens in den städtischen Bezirken insofern ausgleichend gewirkt, als sich das zahlenmäßige Uebergewicht einzelner Großcapitalisten wenigstens nicht mehr auf die ganze Stadt erstreckt, sondern beschränkt bleibt auf den Urwählerbezirk, in dem die Betreffenden wohnen.

Auf dem platten Lande übte diese Bestimmung eine geringere Wirkung aus, weil da die Abtheilungsbildung auch früher vielfach schon bezirksweise erfolgte.

In den Städten hat nun die neue Einkommensteuer eine viel eingreifendere Verschiebung der Steuerverhältnisse hervorgerufen, als dies auf dem Lande geschehen ist, wo eben nicht so viel Reiche und Wohlhabende wohnen, welche ihre Einkommensverhältnisse zu verschleiern ein Interesse hatten, weil ferner in den Landgemeinden im Allgemeinen auch nicht ein so rascher Wechsel in den Einkommensverhältnissen stattfindet und die Jahreseinnahmen einzelner Leute nicht plötzlich — wie die von Börsenkaufleuten z. B. und Speculanten aller Art — beträchtlich und in so schwer controlirbarer Weise sich zu vermehren pflegen. In Folge dessen hat sich nun im Zusammenhange mit dem neuen Wahlgesetz die Wahlrechtsvertheilung in den Städten noch sehr viel ungünstiger gestaltet, als auf dem Lande. Von je 100 Wählern gehörten im Jahre 1893 den beiden oberen Abtheilungen an: in den Städten 12,36, auf dem Lande 17,66. Alles in Allem gerechnet sind durchschnittlich von 100 Wählern 3,52 in die erste Abtheilung, 12,06 in die zweite und 84,42 in die dritte Abtheilung gewiesen worden.

In der amtlichen Wahlstatistik wird nun der Nachweis versucht, daß die Verhältnisse bei der Wahl von 1893 nicht unerheblich günstigere gewesen waren, als die bei den früheren Wahlen.

In der That hat auch 1893 eine geringe Vermehrung der Gesammtzahl der Urwähler in der ersten und der zweiten Abtheilung stattgefunden, im Vergleich mit der Urwählerzahl bei der 1888er Wahl, diese aber hat erstens besonders ungünstige Ergebnisse zu Tage gefördert und zweitens sich auch nur von den gegenwärtigen Wahlergebnissen sehr wenig unterschieden. Während nämlich 1888 der Procentsatz der Urwählerzahl 14,44 betrug, kamen 1893 auf je 100 Urwähler auch nicht mehr als 15,58. Die dritte Wählerklasse ist demnach von 85,56 nur auf 84,42 gesunken.

Diese an sich sehr geringe Verbesserung ist aber deshalb von gar keiner Bedeutung, weil sie nur hervorgerufen worden ist durch eine Vermehrung der Urwählerzahl der zweiten Abtheilung. Mit der ersten Abtheilung aber, in der die eigentlichen Plutokraten, die obersten paar Tausend, ganz unter sich sind, liegt

*) fingirt: erdichtet, ersonnen, willkürlich angenommen.

Die Bekehrung André Savenay's.

Socialistischer Roman von Georges Renard.
Autorisirte Uebersetzung von Marie Kunert.

43] [Nachdruck verboten.]

Am 1. Juli. Herr von Serenoize wird sich seinen Wählern als conservativer Republikaner vorstellen. Er ist Großgrundbesitzer und Director einer Fabrik und Administrator der Gesellschaft von Orleans. Bisher war er auf die Republik nicht gut zu sprechen, weil er sie für eine Regierungsform hielt, die den Interessen der oberen Klassen wenig förderlich sei. Allein er hat bemerkt, daß die Grundbesitzer, Fabrikanten, die Eisenbahngesellschaften u. s. w. unter der Republik ebenso gute Geschäfte machen, wie unter der Monarchie. Er hält es also jetzt mit dem Regime, das dem Capital eine sichere Grundlage giebt, wie er sagt, aber er thut dies nur unter der Bedingung, daß an dem gegenwärtigen Steuersystem nichts geändert wird, daß die bestehenden Gesetze über den Grundbesitz, die Fabriken, Actiengesellschaften u. s. w. nicht angetastet werden. So wüßte sein Wahlspruch eigentlich heißen. Die conservative Republik ist die beste bürgerliche Monarchie. Alles, was er an Forderungen aufstellt, bezieht sich auf einige kleine Reformen. So, meint er, könnte man Ersparnisse erzielen, wenn weniger Schulen gebaut und die Gehälter der Lehrer beschnitten würden. Braucht das Volk denn wirklich so viel Bildung? Auch bei der Verwaltung der öffentlichen Angelegenheiten ließe sich noch sparen. Glücklicherweise habe ich die Ideen des Herrn von Serenoize nicht zu discutiren, aber ich bin doch neugierig, wie er sie seinen Wählern mundgerecht machen wird. Bei den großen wird es sich ja von selbst machen, aber wie bei den Kleinen, deren Interessen den seinigen diametral entgegengesetzt sind? Der Punkt interessirt mich. Ich habe noch niemanden gesehen, der sich aus Ueberzeugung guillotiniren ließ.

Am 5. Juli. Ein Fischer, der gern recht viele Fische fangen möchte, sorgt, bevor er zu angeln beginnt, dafür, daß er Getreidekörner, Brosamen, Regenwürmer dort ins Wasser streut, wo er seine Angeln oder sein Netz auswerfen will. Das nennt man „ködern.“ Gegenwärtig streue ich mit Frau von Serenoize Köder aus. Mein Amt besteht darin, sie in ihrem Wagen auf der Fahrt durch die Dörfer ihres Kreises zu begleiten.

Viele Bauern haben hier ihre Wohnungen in die Tuffsteinfelsen gehauen. Große, viereckige Löcher öffnen sich hier und da in halber Höhe der Hügel. Das sind die Thüren und Fenster. Die Räume erstrecken sich tief in das weiche Gestein, das sich wie Butter aushöhlen läßt. Der Schornstein führt mitten auf der Wiese oder dem Weinberg, der das Dach des Hauses bildet, in's Freie. Wir betreten die Wohnungen dieser Höhlenbewohner, und geben ihnen gute Worte, guten Wein, Flanell, Salben und Arzneien aller Art, denn die Wände der Höhlen, in denen sie hausen, sind feucht und erzeugen Rheumatismus. Frau von Serenoize umarmt und küßt ganze Schaaren von ungekämmten, schmutznasigen Kindern, und, mit Segenswünschen beladen ziehen wir wieder ab. Gegenwärtig ist Frau von Serenoize gar nicht stolz, gar kein bischen mehr, und so wohlthätig? Und so ergießt sich denn ein wahrer Regen von Bittgesuchen über sie. Eines davon, das wohl werth wäre, der Nachwelt erhalten zu werden, will ich hier abschreiben:

Gute Madame!

Mit Gegenwärtigem will ich Ihnen nur sagen, daß ich sehr unglücklich bin, daß ich nicht einmal mehr etwas anzuziehen habe, und daß ich es sehr recht von Ihnen finden würde, wenn Sie mir eine alte Hose Ihres Gemahls geben würden. Der liebe Gott wird es Ihnen lohnen. Ich empfehle mich Ihrer großen Güte. Coquillard (Narziß), Drechsler und Wähler.

Besagter Coquillard, ein Erztrunkenbold, wenn er auch Wähler ist, erhielt nicht nur eine Hose, sondern einen ganzen Anzug. Das wird Frau von Serenoize . . . . oder auch ihren Gatten nicht vergessen werden, denn eine Wohlthat ist ja niemals verloren.

Am 7. Juli. — Auch Herr von Serenoize beginnt zu ködern. Er bietet Spritzen an für die Feuerwehr, Fahnen für die Musikvereine, Brunnen für die Städte ohne Wasser, Kronleuchter und Altarbilder für die Kirchen. Ich habe schon etwa zwanzig fast gleichlautende Briefe nach folgendem Muster an die verschiedenen Zeitungen des Kreises geschrieben:

Geehrter Herr Redacteur!

Sie werden wohl die Freundlichkeit haben, Ihre Leser in wenigen Zeilen davon unterrichten, daß ich soeben 500 Francs für die Volksbibliothek von Bléré

die Sache ganz anders. 1888 wählten in der ersten Abtheilung im Durchschnitt des gesammten Staates 3,62 Procent. Bei diesem Procentsatz ist es nun nicht nur geblieben, sondern derselbe hat sich noch verringert, indem sich jetzt in der ersten Abtheilung von je 100 Wählern nur noch 3,52 befinden.

In den Städten steht es sogar noch bedeutend schlimmer. Hier haben 1888 noch 3,29 in der ersten Abtheilung gewählt, 1893 aber 2,72.

Wie ungeheuer reactionär die Entwickelung genannt werden muß, welche bei unserm Dreiklassenwahlsystem trotz seiner ohnehin schon kraß genug hervortretenden Volksfeindlichkeit in neuerer Zeit eingetreten ist, das geht aber erst so recht deutlich aus einem Vergleich mit den Wahlverhältnissen hervor, wie sie zur Zeit der Entstehung dieses von vornherein als reactionar berüchtigt gewesenen Wahlsystems im Jahre 1849 hervorgetreten sind. Zu jener Zeit befanden sich in der ersten Wahlklasse von je 10,000 Urwählern 472 oder 4,72 Procent und in der zweiten Klasse von 10,000 Wählern 1259 oder 12,59 Procent.

Die Zahl der Wähler in der ersten Urwählerklasse, also die der eigentlichen Wahlherrscher, ist von 1849 bis jetzt von 4,72 im Durchschnitt des ganzen Staats auf 3,52, in den Städten sogar auf 2,72 gesunken.

Die in der dritten Abtheilung zusammengedrängte Masse des Volkes hat, da auch die zweite Wählerklasse gegen 1849 verhältnißmäßig zusammengeschmolzen ist, jetzt noch weniger Wahlrecht als im Jahre der Reaction vor nahezu einem halben Jahrhundert.

15 oder 16 Procent der Landtagswähler sind heutzutage in der Lage, die übrigen 85 oder 84 Procent zu überstimmen und um jede Vertretung zu bringen.

Das ist die Plutokraten- oder Geldprotzenherrschaft in ihrer üppigsten Entwickelung. Wenn mit dem 1. April ds. Js. die Steuerreform in Staat und Gemeinde völlig in Kraft getreten sein wird, dann werden die Wirkungen der letzten Wahlgesetzneuerung erst noch vollständig an's Licht der Oeffentlichkeit gelangen, und dann wird die Socialdemokratie dafür zu sorgen haben, daß sich im ganzen Lande ein Sturm gegen dieses schreiend ungerechte Wahlsystem erhebt — ein Sturm, wie er z. B. in Belgien gewüthet und so gründlich gewirkt hat.

Politische Rundschau.

— Die Umsturz-Commission hat am Mittwoch unerwartet rasch die erste Lesung der Vorlage beendet. Nachdem die Anträge des Centrums aus der lex Heinze gefallen waren, verzichtete es freiwillig auf den Antrag seines Parteigenossen Radbyl, welcher das Duell mit Gefängniß statt mit Festung bestraft wissen wollte und eine Reihe anderer Verschärfungen beantragt hatte. Nunmehr ist der Boden für die Mogeleien zwischen Centrum, Nationalliberalen und Conservativen geebnet. Bis zur zweiten Lesung, die nächsten Mittwoch beginnen soll, wird die Verständigung voraussichtlich erzielt sein, und dann kann sich das deutsche Volk auf eine neue Knebelung seiner Meinungsfreiheit gefaßt machen. Obgleich die Regierung nicht entfernt erreichte, was sie wollte, erreicht sie schließlich doch mehr, als sie vor 6 Monaten zu erreichen hoffen konnte. Und nach dem Grundsatz, daß der Sperling in der Hand besser ist als die Taube auf dem Dach, wird sie zugreifen in der Hoffnung, später, zu gelegenerer Zeit zu erhalten, was ihr jetzt zu erlangen unmöglich war. Das deutsche Volk kann sich zu dem Ostergeschenk, das ihm Centrum, Nationalliberale und Conservative bereiten, Glück wünschen.

— **Das Centrum** beginnt der Regierung die Rechnungen zu präsentiren für die derselben bei der Bekämpfung des „Umsturzes“, bei der Bewilligung von Militärforderungen ꝛc. geleisteten Liebesdienste. Wie bereits kurz mitgetheilt, hat es im preußischen Abgeordnetenhause einen Antrag eingebracht auf Wiederherstellung der 1875 im Anschluß an die Maigesetzgebung aufgehobenen Verfassungsartikel. Der Antrag hat die Form eines vollständigen Gesetzentwurfes und lautet: Einziger Artikel: Die durch die Gesetze vom 5. April 1873 (Gesetzsammlung S. 143) und 18. Juni 1875 (Gesetzsammlung S. 259) abgeänderten bezw. aufgehobenen Artikel 15, 16 und 18 der Verfassungsurkunde für den preußischen Staat vom 31. Januar 1850 (Gesetzsammlung S. 17) werden in der ursprünglichen Fassung: Artikel 15. Die evangelische und römisch-katholische Kirche, sowie jede andere Religionsgesellschaft ordnet und verwaltet ihre Angelegenheiten selbstständig und bleibt im Besitz und Genuß der für ihre Cultus-, Unterrichts- und Wohlthätigkeitszwecke bestimmten Anstalten, Stiftungen und Fonds. Artikel 16. Der Verkehr der Religionsgesellschaften mit ihren Oberen ist ungehindert. Die Bekanntmachung kirchlicher Anordnungen ist nur denjenigen Beschränkungen unterworfen, welchen alle übrigen Veröffentlichungen unterliegen. Artikel 18. Das Ernennungs-, Vorschlags-, Wahl- und Bestätigungsrecht bei Besetzung kirchlicher Stellen ist, soweit es dem Staate zusteht, und nicht auf dem Patronate oder besonderen Rechtstiteln beruht, aufgehoben. Auf die Anstellung von Geistlichen beim Militär und an öffentlichen Anstalten findet diese Bestimmung keine Anwendung, wieder hergestellt.

Das Berliner Hauptorgan des Centrums, die „Germania“, betont, daß sich nunmehr entscheiden müsse, ob es endlich wirklich in Preußen wieder zu einem vollen Frieden zwischen Staat und Kirche kommen soll. „Zwanzig Jahre lang hat er auf Grund einer Ordnung, welche auf der preußischen Verfassung von 1850 beruhte, bestanden, ohne Grund wurde im Culturkampf eine neue Ordnung geschaffen, die gegen die Verfassung war, es hat Unheil genug gegeben, man hat immer mehr zu der alten Ordnung zurückkehren müssen, die volle Rückkehr kann allein den vollen Frieden schaffen.“

— **Unlauterer Wettbewerb.** In Dresden referirte am vergangenen Dienstag der Antisemit Zimmermann gegen die Umsturzvorlage. Gar gewaltig hatte der Referent in seinem Leibblatt — „Die Deutsche Wacht“ — die Reclametrommel rühren lassen. Man höre: „. . . . Herr Reichstagsabgeordneter Zimmermann, welcher bekanntlich in der sogenannten Umsturzcommission seine Ansicht mehrfach energisch zur Geltung gebracht hat, wird seine Stellungnahme gegen die Umsturzvorlage in einem Vortrag begründen und auf die bedenklichen Folgen hinweisen, welche die Vorlage haben würde, wenn sie Gesetz werden würde . . .“ Wer die Thätigkeit der Antisemiten in der Umsturzcommission nicht näher kennt, muß annehmen, die Antisemiten sind principielle Gegner der Umsturzvorlage. Unsere Leser kennen aber die Haltung der Antisemiten. Bekanntlich ist ja Böckel wegen der Haltung der Antisemiten zur Umsturzvorlage aus der Antisemitenfraktion ausgetreten und hat in späteren Versammlungen das volksfeindliche Treiben des Antisemiten v. Sonnenberg näher gekennzeichnet. Für welche reactionären Bestimmungen Zimmermann gestimmt, ist unseren Lesern bekannt. Wäre der Protest gegen die Vorlage ein nicht so gewaltiger, wäre es den Antisemiten nicht im Traume eingefallen, bei einigen — wohlgemerkt bei einigen — Paragraphen ihre ursprünglich zustimmende Haltung zu ändern. Wenn jetzt die Antisemiten sich als Gegner der Umsturzvorlage — also der gesammten Vorlage — gebärden, so ist das ein Wettbewerb, wie er unlauter gar nicht sein kann. Pflicht der socialdemokratischen Presse ist es, auf solche antisemitischen Schauspielerstückchen hinzuweisen.

— **Bierbereitung.** Nach der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ soll kaum Aussicht vorhanden sein, daß der Antrag der Socialdemokraten, betreffend Verbot von Surrogaten bei der Bierbereitung, vom Reichstage angenommen wird. Schadet nichts. Der Reichstag documentirt durch seine ablehnende Haltung, daß, obwohl jede Nahrungsmittelfälschung strafbar ist, die norddeutschen Brauer nach wie vor das Bier mittelst Surrogate herstellen können unter der Devise: „Hopfen und Malz, Gott erhalt's.“ Im Uebrigen steht das Reichsgesundheitsamt dem Surrogatverbot äußerst sympathisch gegenüber, aber der Reichsschatz-Secretär mag nicht gern auf die Steuer verzichten, die er durch den Surrogatverbrauch einstreicht. Die „Magdeburgische Zeitung“ hebt hervor, daß die Benutzung der Surrogate noch nicht zwei Procent des Malzverbrauchs ausmacht. Soll damit das Wasserfärben entschuldigt werden?

— **Der verirrte päpstliche Segen.** Die Unfehlbarkeit, welche dem Papst 1870 vom Concil zuerkannt wurde, schützt ihn nicht dagegen, mitunter arge Böcke zu schießen. So hat er neuerdings seinen päpstlichen Segen „irrthümlich“ an die Anhänger des socialdemokratischen (nach der „Kölner Ztg.“), mehrfach gestraften polnischen Paters Stojalowski ertheilt. Das Wiener „Vaterland“ hebt nämlich hervor, daß dem Pater erst im vergangenen Jahre alle päpstlichen Auszeichnungen, in deren Besitz er war, genommen wurden. Wenn trotzdem seine Zeitungen anläßlich der päpstlichen Inthronisationsfeier den apostolischen Segen erbeten haben, „so ist es doch leicht begreiflich, daß mitten unter einigen Tausenden von ähnlichen Telegrammen die Namen jener Zeitungen nicht so bekannt sein konnten, um eine Ausnahme in der Antwort zu gebieten.“ Früher galt der päpstliche Segen als eine Art Heiligung oder wenigstens Auszeichnung.

Wir glauben nun zwar nicht, daß der Pater Stojalowski, der für seine Zeitungen den päpstlichen Segen

---

und 200 Francs für den Verein ehemaliger Schüler des Gymnasiums von Amboise geschenkt habe . . .

Genehmigen Sie ꝛc. ꝛc.

Die conservativen Zeitungen veröffentlichen dies, die andern sagen gar nichts und so geht auch hier mit einer kleinen Variante das Wort in Erfüllung, daß die Linke nicht weiß, was die Rechte giebt!

Am 10. Juli. — Wir haben einen Concurrenten, einen gefährlichen Concurrenten. Das ist Philippeaux, der Besitzer des großen Pariser Bazars am Bastilleplatz. Er ist vielfacher Millionär und ebenfalls im Stande, die ganze Gegend mit Wohlthaten zu überschwemmen. Dazu ist er Kaufmann, also mit allen Zugmitteln der Reclame vertraut. Allerdings stammt er nicht aus dem Kreise, aber vor zwei Jahren hat er hier ein altes, historisches Schloß gekauft, in dem er als Nachfolger der Könige von Frankreich haust. Seine Bildung weist einige Lücken auf. Er beklagt sich z. B. darüber, daß sein Schloß durch die Reparaturen, die es erfordert, ein wahres Grab der Danaiden sei. Aber was thut das! Die mächtige Unterstützung der Verwaltung ist ihm sicher. Er nennt sich gemäßigter Radikaler. Wenn ich die Sache recht verstehe, heißt das, daß er eine Menge ausgezeichneter Reformen für nöthig hält, aber daß er sie vorläufig auf bessere Zeiten, z. B. auf die Mitte des nächsten Jahrhunderts verschiebt. Bis dahin läßt er die Dinge gehen, wie sie eben gehen, weil er persönlich keine Ursache hat, darüber unzufrieden zu sein. Die armen Wähler! Ich spreche natürlich immer von den kleinen! Sie sollen sie unter zwei Candidaten wählen, von denen der eine noch ein paar Millionen mehr in der Tasche hat, als der andere? Ich vermöchte nicht zu sagen, welcher von ihnen das wenigste Interesse daran hat, ihre Rechte, ihre Wünsche, ihre Beschwerden zur Geltung zu bringen. Denkt man da nicht unwillkürlich an den Congreß der Thiere, auf dem sich die Ratten durch eine Katze vertreten ließen?

Am 12. Juli. — Die armen Wähler! habe ich gesagt. — Glückliche Wähler sollte ich sie nennen. Eine Wahl ist für sie eine zweite Ernte.

Ein wahrer Mannaregen ergießt sich über den Kreis. Zuerst regnet es Zeitungen. Unser Concurrent hat deren eine, zwei, drei gekauft, die er gratis vertheilen läßt und die er großmüthig auch uns zuschickt. Ein viertes Blatt, ein illustrirtes, hat er eigens für seine Zwecke gegründet. Die erste Nummer bringt auf der ersten Seite das Porträt und die Biographie des Präsidenten der Republik, und auf der zweiten Seite die Biographie und das Porträt des berühmten Philippeaux.

Er ist entschieden ein schöner Mann, seine Haare und seine Tugenden sind geradezu bewunderungswerth. Es wird nämlich in der Biographie auf die Großmuth hingewiesen, mit der er Geld verschenkt hat, freilich wird dabei nicht gesagt, wie er es erworben hat. Er hat eine sehr reiche und sehr alte Wittwe geheirathet und beerbt. Eine glückliche Speculation in Mehl hatte ein ganz Jahr lang die Brotpreise auf außerordentlicher Höhe gehalten. Das alles wird nicht erwähnt. Dafür werden wir um so sorgfältiger über die Unterstützungen und Almosen unterrichtet, die seine unerschöpfliche Mildthätigkeit keinem Armen vorenthalten kann, ferner über die allmählich vorgenommenen Vergrößerungen seines Geschäftes. Der Artikel hat nämlich einen doppelten Zweck, den, die Actien sowohl des Kaufmanns wie des Wahlcandidaten in die Höhe zu treiben.

Nach diesem Regen von hohlen Phrasen kam ein etwas kräftigerer Regen. Der 14. Juli — der hundertste Jahrestag des Bastillesturms — naht. Dieselbe freigebige Hand schickt den Gemeinden, um ihnen bei der Feier ihres Nationalfestes unter die Arme zu greifen, Fahnen, Laternen, Feuerwerkskörper und alle möglichen anderen Kleinigkeiten, all die Ladenhüter des großen Pariser Bazars, wie die losen Mäuler zu sagen anfingen. Doch ein Meisterstreich hat den Verleumdern den Mund geschlossen. Philippeaux ließ nämlich einen wahren Wolkenbruch von grünen, himmelblauen und rothen Mützen auf das Land niedergehen, die in Golddruck das Abbild des Tageshelden, des Eiffelthurms trugen. Wo konnte man wohl gleich originelle und fesselnde Geschenke finden? Es regnete, regnete auch immer noch Kleider für männliche und weibliche Communikanten. Welche geschickte Vereinigung praktischer und patriotischer Gaben für den 14. Juli! Welche verdienstliche Anregung, um zwei Fliegen mit einer Klappe zu schlagen, um Kirche und Staat gleichzeitig für sich zu gewinnen. Ein glänzendes Mittel, um die Mütter durch die Kinder und die Väter durch die Mütter zu erobern.

(Fortsetzung folgt.)

bittet, Socialdemokrat ist. Aber ein sehr oppositioneller Charakter ist er jedenfalls, und schon darum ist es erfreulich, daß der „Unfehlbare“ ihn und seine Anhänger ignet.

— Im anhaltischen Landtag ergriff, wie die „Magdeb. Ztg.“ berichtet, der Abg. Kraaz das Wort zum Hauptfinanzetat und gab folgende köstliche Weisheit zum besten: „Wir befinden uns in einem idealen Zustande; deshalb giebt es bei uns auch gar keine offene Opposition. Dieser ideale Zustand erzeugt ein wunderbares Gefühl der Ruhe und aller Hader und Zwiespalt ist dadurch aus unserem Hause ausgeschlossen. Wir stehen in dieser Lage wohl einzig unter den Einzelstaaten im deutschen Reiche da. Wenn nun in einer Zeit der Noth, des wirthschaftlichen Niederganges, wie jetzt, aus den Reihen des Volkes, nicht nur der Landwirthe, ein banger Ruf der Klage und Sorge herausklingt, so wissen wir im voraus, daß unser Herrscherhaus und die Staatsregierung mit uns fühlen und uns helfen wollen und helfen werden, wo sie können. Diese Hilfe kann nicht von unserer Staatsregierung direct kommen, sondern muß indirect vom Reiche kommen. Die Staatsregierung kann indirect helfen, indem sie die ungünstige wirthschaftliche Lage Anhalt vor der Reichsvertretung zur Darstellung bringt. Schwer leidet das Land. Nicht nur die Landwirthschaft, so fährt der Redner fort, sondern der ganze Mittelstand geht einer Zeit schwerer Bedrängniß entgegen, und wenn nicht bald Abhilfe komme, würden wir in bedenkliche Zustände gerathen.“ — Bedarf diese Rede eines Commentars? Einen idealen Zustand nennt es der Herr Abgeordnete, wenn das Land schwer leidet und keine offene Opposition es wagt, das wunderbare Gefühl der Ruhe in den herrschenden Kreisen durch ungeschminkte Schilderung dieser Leiden zu stören. Doch Herr Kraaz steht mit seiner socialpolitischen Weisheit nicht allein. Nicht nur der Vogel Strauß, auch die anhaltische Regierung theilt diese Ansicht. Darum beabsichtigt sie, um jenes Gefühl der Ruhe dem Lande zu erhalten, das Aufkommen einer offenen Opposition durch Verschlechterung des Wahlrechts zu verhindern. In der That, ein idealer Zustand!

— Die Märzfeier in Wien gestaltete sich, wie der „L. V.“ gemeldet wird, zu einer Wahlrechtsdemonstration, wie sie Wien trotz aller Vorgängerinnen noch nicht gesehen hat. Wie alljährlich zogen die Arbeiter und Arbeiterinnen zu Zehntausenden am Sonntag vor dem 13. März auf den Centralfriedhof, um am Sockel des Obelisken, der das Grab der Märzgefallenen von 1848 deckt, Kränze niederzulegen. Diesmal dauerte der Zug, der die ganze Straßenbreite einnahm, über eine Stunde; man überschätzt nicht, wenn man 50 000 Theilnehmer rechnet. Auf dem Hinwege herrschte tiefste Stille, beim Obelisken wurden in deutscher und tschechischer Sprache Gedenkreden auf die Vorkämpfer der Freiheit gehalten. Der Rückzug aber wurde zu einer spontanen Massenkundgebung für das Wahlrecht und gegen die Coalition. Nach dem Liede der Arbeit ertönten revolutionäre Gesänge, das Spottlied von 1848, Der Staat ist in Gefahr wurde den Polizisten zu Pferd und zu Fuß zum Trotz wiederholt gesungen, die Marseillaise und der Socialistenmarsch dröhnten den noblen Herrschaften, die die Fenster ihrer Prachtwohnungen aufrissen, in die Ohren, das Wahlrechtslied wurde fortwährend angestimmt. Dazwischen ertönten Rufe wie: Hoch das allgemeine, gleiche und directe Wahlrecht, heraus mit dem Wahlrecht, nieder mit der Regierung, nieder mit der Coalition, hoch die sociale Revolution, hoch die revolutionäre, internationale Socialdemokratie, und andere ähnliche Rufe wurden laut. Auf den Straßen und Gassen, die durchzogen wurden, sammelten sich die Einwohner an, vor den Kasernen wurde den „Brüdern im Waffenrock“ zugerufen: Nieder mit dem Militarismus! Hoch die Socialdemokratie! Die ungeheuere Menschenmenge zog so durch den ganzen dritten Bezirk, bis an die Grenzen der inneren Stadt, wo der Zug sich in einzelne Trupps auflöste. Trotz der erregten Stimmung kam es, soviel bisher bekannt, zu keinem bedeutenderen Conflict mit der Polizei, die sich diesmal im allgemeinen, so lange sie der unübersehbaren Masse gegenüberstand, anständig betrug. Auffallend war die ungemein zahlreiche Betheiligung der Frauen. Aus den benachbarten Ortschaften Schwechat und Inzersdorf kam in einem zahlreichen Zuge eine Anzahl Bauern auf den Friedhof. Die heurige Feier des Andenkens der Märzopfer muß selbst der Coalition zeigen, daß sich dieser Arbeiterklasse das Wahlrecht nicht mehr lange wird vorenthalten können. Hervorzuheben ist noch, daß ein Trupp von über zweitausend Arbeitern trotz der polizeilichen Absperrung in den ersten Bezirk gelangte, den promenirenden Gigerln und den Einwohnern der Ringstraßenpalais den Hochruf auf das Wahlrecht in die Ohren schrie und zum Parlamente zog. Dort hatte sich die ganze polizeiliche Macht aufgestellt, um den Weitermarsch der Arbeiter zu hindern. Die Massen sammelten sich auf dem Schmerlingplatze, gegenüber dem Parlamente an, und es ertönten die Rufe: „Heraus mit dem Wahlrecht! Wir wollen das Wahlrecht! Nieder mit der Interessenvertretung! Nieder mit dem Capitalismus!“ Erst auf Zureden der Arbeiter-Ordner zogen die Proletarier ab, Lieder singend und Hochrufe auf das Wahlrecht ausbringend. Die großartige Kundgebung verlief ohne Zwischenfall, ohne Arretierung. Wer in den früheren Jahren die Märzfeier mitgemacht hat, erkennt aus der jetzigen zurückhaltenden Aufführung der sonst so brutalen Wiener Polizei, zu welcher imponierenden Macht die Arbeiterklasse herangewachsen ist. Als die Märzgefallenen noch auf dem alten Schmelzer Friedhofe lagen, zogen kaum zweihundert Arbeiter zum Grabe der Märtyrer, und sie wurden von der Polizei schikanirt und herumgestoßen. Vor einigen Jahren noch nahmen die pflichteifrigsten Polizisten den Kranzträgern die rothen Schleifen weg, und gestern ritten die Polizisten voraus, um „den Herren mit den Kränzen“ Platz zu machen. Der 10. März 1895 war eine herzerhebende Heerschau und eine gewaltige Kundgebung des Wiener Proletariats.

— Die italienische Wahlcampagne wird energisch fortgesetzt. In Regierungskreisen hofft man, durch die Revision (d. h. Fälschung) der Wählerliste für den Süden Italiens den Sieg davonzutragen. Im Norden scheint der Sieg der Opposition, die von den früheren Ministern Brin, Rudini und dem Abgeordneten Zanardelli geleitet wird, mehr als gesichert. — Die öffentlichen Protestversammlungen der bürgerlichen Opposition gegen Crispis Schandwirthschaft haben begonnen. Turin machte den Anfang. Nicht weniger als 17 Deputirte und 2 Senatoren betheiligen sich an der Kundgebung, 10 weitere Deputirte hatten Zustimmungserklärungen gesandt. Palberti, der zuerst Briefe Rudinis und Zanardellis verlas, kritisirte Crispis Gewaltherrschaft aufs Schärfste, bekämpfte die Finanzpolitik der Regierung und verurtheilte die sicilischen Greuel, sowie die Anordnung der Ausnahmegesetze auf die Socialisten.

— Die französische Deputirtenkammer hatte in ihrer Mehrheit vor einigen Tagen wieder einmal Gelegenheit, sich ganz auf die Höhe der Zeit und „wahrhaft cultureller“ Anschauungen zu stellen. Die bereits erwähnte Interpellation des Socialisten Jourdes wegen Absetzung eines Hauptmanns der Landwehr, der an einer Socialisten-Versammlung, die sich mit der Abschaffung des stehenden Heeres beschäftigte, Theil genommen hatte, führte zu einer sehr erregten Debatte. Zunächst antwortete der Kriegsminister ganz naiv, daß ihm diese Angelegenheit nicht bekannt sei, daß er jedoch die Gewißheit habe, die Behörde werde nach bestem Wissen und Gewissen verfahren sein Darauf sprach der Abgeordnete Marcel-Habert die Ansicht aus, daß die Strafe, die den Hauptmann getroffen habe, vollkommen in der Ordnung sei. Dieses Urtheil führte den Arbeiter-Deputirten Faberot auf die Rednertribüne, der bei dem Socialisten-Congreß in Dijon anwesend war, an dem auch der abgesetzte Hauptmann Bouhey-Allez Theil genommen hatte. Faberot erklärte, die Versammlung habe über die Abschaffung des stehenden Heeres discutirt, das die Länder ruinire, und die Einberufung eines internationalen Congresses zur Erzielung des Weltfriedens beschlossen. „Sind diese Ideen“, fragte der Redner, „nicht edler, als jene, die auf die Bewaffnung und den Tod der Bürger zur Vertheidigung des Wörtchens hinauslaufen, das „Vaterland“ heißt?“ Dieser vernünftige Ausspruch rief natürlich unter den chauvinistischen Bourgeois einen wahren Entrüstungssturm hervor, der mit den Rufen: „Zur Ordnung!“ „Die Censur!“ gemischt war, und Faberot mußte, auf die Aufforderung des Vicepräsidenten Etienne hin, die Tribüne unter dem wiehernden Gelächter der Majorität verlassen. Man sieht, die „Patrioten“ diesseits und jenseits der Vogesen gleichen sich wie ein Ei dem anderen. Das Wort „Weltfriede“ gilt ihnen als Hochverrath. Und das kämpft für Ordnung, Sittlichkeit und Religion.

— Bei dem Interesse, das weit über England hinaus die Londoner Grafschaftswahlen erregt haben, dürfte es nicht überflüssig sein, über Geschichte und Wirkungskreis des Grafschaftsrathes einiges mitzutheilen. Der „Leipz. Volksztg.“ wird darüber geschrieben: Diese Einrichtung, die eine Reihe von Gemeinde-Angelegenheiten zu regeln hat, ist das Werk der conservativen Regierung Salisbury und wurde durch das Localverwaltungsgesetz von 1888 geschaffen. Die Riesenstadt London, die fast fünf Millionen Einwohner umfaßt, bildet nämlich kein einheitliches Gemeinwesen. Zusammengewachsen aus der City, der eigentlichen Altstadt, die nur etwa 50,000 Einwohner zählt, und einer Reihe von Landgemeinden, war es bis dahin ohne jede gemeinsame Verwaltung. Die öffentlichen Anstalten sind größtentheils in der Hand von Privat-Gesellschaften. Die City mit ihren zahlreichen alten Gilden, die circa 16 Millionen Mark Einkommen haben, bildet das reactionäre Element und sträubt sich gegen eine Eingemeindung. Der früher radikale Verbündete der Conservativen, Chamberlain, schlägt die Eintheilung in zehn Gemeinden vor, während die Radikalen und Socialisten eine einheitliche Gemeindeverwaltung, die alle Gemeindeaufgaben umfaßt, unter Leitung des Grafschaftsrathes verlangen. Die erste Sitzung des Grafschaftsrathes fand im März 1889 statt und zwar unter dem Vorsitze Lord Roseberrys. Der Rath besteht aus einem Vorsitzenden, 19 Aldermen (Aelteste) und 118 Räthen; die Aldermen werden auf sechs Jahre von den Räthen gewählt und die Räthe auf drei Jahre von den Steuerzahlern. Er versammelt sich wöchentlich einmal, um die Berichte von 21 stehenden Commissionen entgegenzunehmen und darüber Schlüsse zu fassen. Seine Befugnisse erstrecken sich auf die Aufnahme von Geldmitteln, die Instandhaltung der Canalisation, die Feuerwehr, die Parks und öffentlichen Plätze, die Themsebrücken, Straßenbau, Gas- und Wasserleitungen, den Bau von Theatern und Musikhallen, Tramways und Straßenbahnen, Sprengstoff- und Petroleumlager, die Controle über Maße und Gewichte, über Industrie- und Verbesserungsschulen, die Ertheilung von Musik- und Tanzerlaubnissen 2c. Der Wirkungskreis ist, wie man sieht, ein sehr bedeutender. Die nöthigen Geldmittel erhält der Gemeinderath erstens durch Ausgabe von Pfandscheinen, zweitens durch die Gemeindesteuer und drittens durch die Zuschüsse aus dem Reichssäckel. Der verflossene Grafschaftsrath bestand aus 84 Fortschrittlern und 34 Gemäßigten. Der aus den Neuwahlen hervorgegangene besteht aus 59 Fortschrittlern und 59 Gemäßigten. Den Ausschlag geben also die 19 Aldermen, von denen man eine fortschrittliche Mehrheit erwartet. Der Charakter der Fortschrittler (Progressisten) läßt sich am besten mit dem auch in Deutschland bekannten Worte „socialliberal“ bezeichnen. Die englischen Socialisten haben gegen die Progressisten agitirt, da, wie ich früher schon mittheilte, unsere englischen Genossen entschlossen sind, dem Liberalismus zu Leibe zu gehen. — In West-Ham (Ost-London) fand diese Woche eine Schulrathswahl statt, bei der der Candidat der Socialdemokratischen Föderation mit 9443 Stimmen siegte. Die übrigen zwei socialistischen Candidaten erhielten 4080 resp. 3399 Stimmen.

— Der Wahlkampf in Dänemark ist jetzt im vollen Gange, und die Agitation wird von beiden Seiten mit der größten Heftigkeit betrieben. Während der Kampf in der Hauptstadt hauptsächlich zwischen der Rechten und den Socialdemokraten geführt wird, ist die Losung in den Provinzen: für oder gegen die Agrarier. Diese haben nämlich durch ihre übertriebenen Forderungen, daß man ausschließlich die Interessen der Landwirthschaft berücksichtigen solle, den größten Widerstand hervorgerufen, und in den letzten Tagen sind in dieser Beziehung wichtige Erklärungen veröffentlicht worden. Sowohl die Candidaten der Rechten als die Vertreter der Industrie und des Handwerks haben nämlich ein Manifest veröffentlicht, worin sie die allzu scharfe Interessenpolitik der Agrarier, welche „die Bedürfnisse der anderen Gesellschaftsklassen vollständig vernachlässigen“, in den schärfsten Ausdrücken verdammen. Man werde nie zugeben, heißt es dort, daß Kunst und Wissenschaft, Handel, Industrie und Handwerk — kurz gesagt, Alles den Interessen der Landwirthschaft geopfert werde. Endlich hat der Minister des Innern, Hörring, der in einem Wahlkreise in der Nähe von Kopenhagen candidirt, nicht nur die übertriebene Interessenpolitik der Agrarier, wodurch alle anderen Klassen zu leiden haben würden, sondern auch ihre protectionistischen Bestrebungen sehr scharf verurtheilt.

— Vom ostasiatischen Kriegsschauplatz wird gemeldet: Der letzte Erfolg der Japaner hat den Widerstand der Chinesen vollständig gebrochen. Die Armee des chinesischen Generals Sung, der man besondere Tüchtigkeit nachrühmte und die sich auch erheblich besser gehalten hat als die anderen chinesischen Truppen, ist völlig aufgerieben. Es die Chinesen

Thien-Chuang-Tai verließen, steckten sie die Stadt in Brand. Am Sonnabend haben die Japaner noch einen weiteren Erfolg errungen. Sie griffen die Chinesen bei Denshodai an. Die Stärke der chinesischen Armee betrug 7000 Mann mit 30 Geschützen. General Katsura befehligte das japanische Centrum, das ausgezeichnet focht, General Oku den rechten Flügel und General Jamashi die Truppen von Kaiphing, welche den linken Flügel bildeten. Der Angriff der Japaner war erfolgreich; nach zweistündigem Kampf flohen die Chinesen in der Richtung auf Kintschau unter einem Verlust von 1400 Todten, während andererseits nur 10 Japaner fielen. Die Japaner verbrannten Denshodai und überschritten darauf den Liao Fluß. Nach diesen fortgesetzten Erfolgen werden die Friedensverhandlungen wohl recht schnell verlaufen. Nach einer Meldung der „Times“ aus Peking schließen die Punkte, deren Erörterung durch die Friedensconferenz seitens der chinesischen Regierung zugestanden ist, die Unabhängigkeit Koreas, die Abtretung eines Territoriums und die Zahlung einer Kriegsentschädigung ein. Es werde jetzt allgemein, wenngleich mit Widerstreben, anerkannt, daß das Aufgeben des Krieges für die chinesische Politik der einzig mögliche Weg sei, trotz des im Stillen fortdauernden Hasses gegen Japan.

Gegen die Tabaksteuer.

In Hastedt bei Bremen hat der Gemeinde-Vorsteher auf Ersuchen der Commission der Tabakarbeiter eine Untersuchung über die Bedeutung der Tabakindustrie am Orte veranstaltet und darauf der Gemeinderath beschlossen, folgendende Resolution an alle Mitglieder des Reichstags zu senden:

„Den Mitgliedern eines hohen Reichstags theilen wir mit, daß wir am 3. März 1895 eine Enquete veranstaltet haben, um statistisch festzustellen, wie viel von den Gemeindeangehörigen Hastedts in der Tabakbranche und deren Nebenzweigen beschäftigt werden, und wie viel von diesen ganz oder theilweise ernährt werden. Die Enquete ergab folgendes Bild: Von den 5300 Einwohnern Hastedts arbeiten im Tabakgewerbe und deren Nebenzweigen 564 Personen, von diesen werden 118 Frauen und 340 Kinder, welche unter 14 Jahren sind, ernährt; außerdem werden noch theilweise unterstützt: 91 junge Leute, welche über 14 Jahre alt sind (Lehrlinge), dann 11 Väter, 32 Mütter und 8 andere Verwandte: das ergiebt die horrende Zahl von 1364 Personen oder gut ein Viertel unserer Bevölkerung. Wenn Sie sich nun die Verhältnisse unserer Gemeinde vergegenwärtigen wollen, so mögen dazu folgende Zahlen dienen: die Gemeinde Hastedt hat jährlich ca. 25,000 Mark an Einnahmen, davon verbraucht die Armenverwaltung allein ca. 20,000 Mk., verbleibt für Gehälter und Culturaufgaben nur ein kleiner Bruchtheil. Sollte nun die Tabakfabrikatsteuervorlage Gesetz werden, so ist unsere Gemeinde einfach dem Ruin überliefert, denn drei Viertel von den 564 Personen werden sofort entlassen, und wenn sich die Verhältnisse auch wieder etwas bessern, so wird aber ganz sicher noch die Hälfte davon arbeitslos bleiben; die Gründe hierzu sind: Verringerter Consum und Verlegung der Fabriken nach entlegenen Ortschaften, wo billiger fabricirt werden kann. Aus allen diesen Gründen ersuchen wir Sie dringend, gegen jede Mehrbelastung des Tabaks Ihr Votum abzugeben. Denn, mit demselben Recht, mit dem ein Reichsschatzsecretär Graf Posadowsky Ihnen zuruft: „Sie haben die Militärvorlage bewilligt, nun haben Sie auch die moralische Verpflichtung, für deren Kosten in Form der Tabaksteuer aufzukommen“, ja mit einem noch größeren Recht rufen wir Ihnen zu: „Bewilligen Sie eine Mehrbelastung des Tabaks, so sind Sie auch moralisch verpflichtet, für die weitere Existenz der Gemeinde Hastedt zu sorgen. Denn, wenn wider alles Erwarten die Mehrheit des Reichstags irgend einer Mehrbelastung des Tabaks zustimmen und damit über unsere Gemeinde so unermeßliches Elend bringen würde, so wüßten wir nicht, woher mit den Mitteln zur Armenunterstützung, unser Latein ist dann zu Ende.“

Das ist ein männlicher, entschiedener Protest und es wäre nur zu wünschen, daß noch hunderte von Gemeinden, die von der Tabaksteuer schwer betroffen werden, ebenso vorgehen möchten.

— Ein allgemeiner Congreß der deutschen Tabakfabrikanten, Händler und Interessenten ist gemeinsam von den beiden Vereinen, dem Verein deutscher Tabakfabrikanten und -Händler und dem Verein aller Tabakinteressenten für Berlin und Umgegend, auf den 19. März in den großen Saal des Feenpalastes nach Berlin einberufen worden, um einmüthig Protest zu erheben gegen die Annahme einer Vorlage, welche Tausend und Abertausend von wirthschaftlich gesunden Existenzen vernichten und dem Wirthschaftsleben tiefe Wunden schlagen muß.

— Aus Heidelberg schreibt man, daß sich auch dort in Folge der Tabaksteuervorlage bei sämmtlichen Fabrikanten die Cigarrenvorräthe so angehäuft haben, wie es nie in früheren Jahren der Fall war. Wenn daher nicht bald Klarheit in die Steuerverhältnisse kommt, so müßte schon in nächster Zeit die Arbeitszeit eingeschränkt werden. Kündigungen in größerem Umfange müßten erfolgen, wenn die Tabakfabrikatsteuer zur Annahme gelangen sollte.

Arbeiterbewegung.

An die Zimmerer Deutschlands! Werthe Kameraden! Wohl wird sich die gegenwärtige wirthschaftliche Krise in unserem Gewerbe überall bemerkbar machen, auch werden in jedem Orte Deutschlands eine bestimmte Anzahl von Zimmerern arbeitslos sein, aber nirgends kann die Arbeitslosigkeit so groß sein als in Berlin. Die hier im Zimmerergewerbe herrschenden Zustände sind wohl nicht in gleicher Weise in vielen Städten Deutschlands zu finden. Die wenigen in Angriff genommenen Bauten sind sogenannte Schwindelbauten, bei denen die Arbeitskraft bis auf das äußerste ausgenutzt und der Lohn von Jahr zu Jahr reducirt wird, oftmals müssen die Arbeiter auch noch ohne Lohn nach Hause gehen. Wir stehen diesem Treiben ziemlich machtlos gegenüber. Einerseits ist das Heer der Arbeitslosen ein derartig großes, daß den Arbeitgebern bei jeder Gelegenheit tausende von Arbeitskräften zur Verfügung stehen. Andererseits ist der Zuzug aus den kleinen Städten so groß, daß immer nur ein Theil der am Orte ansässigen Familienväter Arbeit findet und jetzt ungefähr 4000 Zimmerer 10 bis 12 Wochen und noch länger außer Arbeit sind. Und auch der nächste Sommer wird dieses traurige Bild sehr wenig verändern. Kameraden! Deshalb sorgt dafür, daß der Zuzug nach Berlin ferngehalten wird. Obgleich in diesem Jahre noch mit den Arbeiten zur Gewerbe-Ausstellung begonnen wird, wird dieselbe doch nicht ausreichen, um allen Arbeitslosen Beschäftigung zu bringen, und mancher würde der Hauptstadt enttäuscht den Rücken kehren müssen. Also nochmals, haltet in diesem Jahre den Zuzug nach Berlin fern.

Ueber die Arbeitsverhältnisse und sonstigen öffentlichen Angelegenheiten der Zimmerer Berlins wird gern von dem Unterzeichneten Auskunft gegeben. Der Vertrauensmann der Zimmerer Berlins und Umgegend. Theodor Fischer, Berlin N, Danzigerstraße 83. — Alle Arbeiterblätter werden um Abdruck gebeten.

Im Schuhmachergewerbe Deutschlands kamen im verflossenen Jahre 26 Lohnbewegungen vor, von denen 14 mit Streik und 12 ohne Streik ihre Erledigung fanden. Bemerkenswerth ist dabei, daß diese in 25 Fällen Schuhfabriken, also Fabrik-Schuhmacher, und nur einmal Schuhmacher-Gehilfen betrafen. Die sehr dürftige Berichterstattung gab leider nur bei 12 Bewegungen Aufschluß über den Ausgang. 9 hatten einen Erfolg, 3 eine Niederlage für die Arbeiter zur Folge. Von den 14 Arbeitseinstellungen waren 7 sogenannte Angriffs- und 7 Abwehrstreiks. Die bedeutendste Bewegung war die in Burg, welche allein 32,182,16 Mark, mehr als die Hälfte einer Jahreseinnahme des Vereins Deutscher Schuhmacher, kostete.

An die Glasarbeiter wird das Ersuchen gerichtet, folgende Plätze zu meiden: Oldenburg, Höritel, Flensburg, Radeberg, Rive de Gier und Cognac (Frankreich) und die Glashütten in Barcelona.

Für Porzellanarbeiter ist bis auf weiteres die Sperre verhängt über: Turn, Terracotta- und Majolika-Fabrik Anton Heller, für Dreher: Altwasser (Schlesien), Tielsch u. Cie.; Turn-Teplitz, Fr. Wahliß: Wien: Karl Rädler; Berlin, Maier; Reichit bei Gera; Vegesack; Frankfurt a. O., Paetsch; Lessau (Post Dallwitz bei Karlsbad).

Die Lederarbeiter der Lederfabrik Schmidt in Eckernförde haben wegen Maßregelung eines Collegen die Arbeit niedergelegt. Betheiligt sind 25 Mann.

Die Beendigung des Weberstreiks in Aachen, die wir bereits gemeldet, wird vom „Aachener Volksblatt“ bestätigt. Dagegen werden von genanntem Blatte einige von uns gemachte Angaben über die Entstehung des Streiks richtig gestellt. Da der Streik zu Ende, lohnt sich eine Berichtigung kaum noch; bemerken wollen wir nur, daß uns die Berichte von durchaus glaubwürdiger Seite zugegangen waren.

Den streikenden Setzern in Sofia haben sich sämmtliche typographische Arbeiter angeschlossen.

Die englischen Schuhfabrikanten sind dem angekündigten Ausstand durch eine Aussperrung zuvorgekommen, wie wir der „Voss. Ztg.“ entnehmen. In den meisten Schuhfabriken in Leicester stand am 9. März schon die Kündigung angeschlagen. Der Bürgermeister von Leicester, Picton, hat den Fabrikanten seine guten Dienste als Vermittler angeboten, allein umsonst. Vorsichts halber sind von anderen Städten Schutzmannschaften herbeigezogen worden. Allein in Leicester kommen 20,000 Schuhmachergesellen außer Arbeit. In Northampton stehen die Dinge gerade so. Die Dissidentengeistlichen haben sich an den Präsidenten des dortigen Zweigvereins des Fabrikantenbundes gewandt, er möge von der Arbeitssperre absehen. Die Antwort lautete, die Fabrikanten hätten lange gezaudert, aber der Gewerkverein wolle Krieg. In Leeds, der dritten der großen Schuhmacherstädte Englands, wo die Arbeiter die Arbeit niederlegen wollten, sind ihnen zu ihrer nicht geringen Verwunderung die Fabrikanten zuvorgekommen und haben die Kündigung an die Werkstätten geschlagen.

Sociale Uebersicht.

Die Verpflegungsstationen, jene Anstalten, die nicht zur obligatorischen Socialreform gehören, dort, wo die freiwillig geleitete Charitas zur Geltung kommt, haben, wie wir bereits vor einigen Tagen berichteten, in ihrer Zahl ganz wesentlich abgenommen. Von 998 Stationen im Jahre 1890, so wurde in der Versammlung des Gesammtverbandes deutscher Verpflegungsstationen berichtet, bestanden im Jahre 1895 nur noch 797. — Selbst die Breslauer, welche die Besuchenden hier den Armen hinweisen, werden den ersteren zu [illegible].

25 Procent Dividende erhalten für das vergangene Geschäftsjahr die Actionäre der Halleschen Maschinenfabrik und Eisengießerei. Im Vorjahre warf das Unternehmen für die Actionäre sogar 35 Procent ab. Hoffentlich werden aber die Actionäre auch bei 25 Procent sich über Wasser halten können. — Die Actionäre der Magdeburger Baugenossenschaft erhalten in diesem Jahre $13\frac{1}{2}$ Prozent Dividende, im Vorjahre waren es 12 Procent.

Bergmannsfreuden. Auf der Zeche „Amalie“ wurden wegen willkürlichen Feierns am 25. Februar 14 Hauer mit je 3 Mark, zwei Schlepper mit je 2 Mark, 39 Hauer mit je 1.50 Mark, 6 Schlepper mit je 1 Mark Strafe belegt. Wegen willkürlichen Feierns am 22. Februar erhielt ein Hauer eine Strafe von 1.50 Mark, 2 andere eine solche von je 1 Mark zudiktirt. Diese Lohnabzüge sind sehr geeignet, die Bergleute zufriedener zu machen.

Colonien für Arbeitslose. Wie in Deutschland, so hat man auch in England schon mehrfach Experimente angestellt, um Arbeitslose in Colonien unterzubringen. Nur mit dem Unterschiede, daß man in England gewöhnlich weit mehr Geldmittel zur Verfügung hat und daß man auch mit weit weniger Engherzigkeit die Ausführung derartiger Pläne betreibt. Wenn trotzdem wirksame Erfolge nicht erzielt werden, so beweist dies nur, wie richtig unsere schon oft geäußerte Anschauung ist, daß nämlich in dem Rahmen der heutigen Wirthschaftsordnung deren Folgen nie beseitigt werden können. Ueber die Colonie für Arbeitslose, die der Geistliche Mills vor etwa zwei Jahren in Westmoreland gründete, schreibt man der „Frankf. Ztg.“: Es ist ein Experiment, und als der Geistliche die Arbeit begann, hatte er 140,000 Mark in Händen und sieben Jahre lang, so hatte er sich ausbedungen, sollte er freie Hand haben. Er fing mit drei Colonisten und vier Acres Land an und hat jetzt bereits 130 Acres angebaut und seine Colonie zählt 32 Mitglieder. Soweit sich ermitteln läßt, producirt die Colonie alles, was für den Lebensunterhalt der Leute nöthig ist, und sie hat viele der umliegenden Farmer zu Abnehmern ihrer Producte. Auch das Mansionhouse-Comitee, das im Vorjahre auf der Almend bei Abbey Mills eine Colonie Arbeitsloser hatte, will dieses Jahr das Experiment wiederholen und bettelt in den Zeitungen um Beiträge für die auf 10,000 Mark veranschlagten Unkosten. Im Vorjahre wurde eine Zahl der in Abbey Mills erprobten Colonisten nach Canada geschickt, aber der Versuch war so wenig ermuthigend, daß das Comitee heuer keine Colonisten nach Kanada abzuschieben gedenkt. Im Gegensatz dazu gedenkt „General“ Booth von der Heilsarmee, der bekanntlich in Essex ebenfalls eine sehr erfolgreiche Farmcolonie besitzt, in Kanada zur Weiterführung seiner Reformarbeit einen Complex Land zu erwerben und seine Colonisten dort auf eigenen Landgütern anzusiedeln. Der Gouverneur von Kanada interessirt sich für die Angelegenheit, welche „General“ Booth persönlich befürwortet; ob die Bevölkerung von Kanada seine Ansichten theilt, ist mindestens zweifelhaft. Die Regierung der Colonie hat die bislang den Einwanderern gewährten Vergünstigungen aufgehoben und das Londoner Auswanderungsamt warnt die Auswanderer vor Kanada, da dort keinerlei Beschäftigung zu finden sei. — 140,000 Mark also, die durch jahrelanges Betteln zusammengekommen waren, ermöglichen es, nach einigen Jahren, 32 Leuten ein einigermaßen angenehmes Leben zu verschaffen. Was wird aber aus den Hunderttausenden, die, in Lumpen gehüllt, hungernd und frierend im Ostend von London hausen? Sollen diese warten, bis das Mansionhouse-Comitee (Rathscomitee) für sie einige tausend Mark zusammengefochten hat?

Vermischtes.

Einen gesunden Appetit müssen die Theilnehmer eines von einem patriotischen Verein vor einigen Tagen in einer Berliner Brauerei veranstalteten Stiftungsfestes gehabt haben. Es waren im ganzen nur etwa 300 Personen anwesend, die außer 310 Tassen Bouillon die Kleinigkeit von 135 Pfund Rennthier-Braten, 100 Pfund Kasseler und 2 Kalbskeulen nebst $1\frac{1}{2}$ Centnern Kartoffeln, 40 Schüsseln Compot und schließlich 26 Pfund verschiedene Käse mit Butter und Brot vertilgten. Da das Couvert nur 1,50 Mark kostete und obligatorisch bei der Tafel nur Bier getrunken wurde, so dürfte der Wirth kaum auf die Rechnung gekommen sein, um so mehr, da ihm noch circa 50 Personen mit der Zechschuld durchbrannten. Das originellste ist, daß einige Theilnehmer sich noch überdies beim Vorstand beklagten, weil — sie hungrig aufgestanden wären!

Statistisches.

— Ueber den Tabakbau, die Ein- und Ausfuhr von Tabak und den Ertrag der Tabakabgaben im Erntejahr 1893/94 entnehmen wir dem Vierteljahrshefte zur Statistik des Deutschen Reichs folgende Angaben:

Es waren mit Tabak bepflanzt 15 198 Hekt., d. i. 468 Hekt. mehr als im Vorjahre, in dem der Tabakbau auf seinen niedrigsten Stand zurückgegangen war; der 10jährige Durchschnitt beträgt 18 593 Hekt., also rund 3400 Hekt. mehr als im Berichtsjahr. Geerntet sind an trockenen Tabakblättern 32 082 To. (zu 1000 Kg.) gegen 30 350 To. im Vorjahre und 37 014 To. im 10jährigen Durchschnitt. Auf einen Hektar kommen $2,_{11}$ To. gegen $2,_{06}$ im Vorjahre und $1,_{99}$ im 10jährigen Durchschnitt. Der mittlere Preis für die Tonne (einschl. der Steuer) betrug 832 Mark gegen 800 und 770 Mk.; er war in keinem der Vorjahre so hoch wie im letzten. Der Bruttogeldbetrag der Tabakernte (nach Abzug der Steuer) läßt sich hiernach auf $15,_{0}$ Mill. Mk. berechnen gegen $13,_{4}$ im Jahre 1892/93, $13,_{5}$ im Jahre 1891/92 und $15,_{1}$ Mill. im Durchschnitte der letzten 10 Jahre. Auf den Hektar kommt hiernach ein Geldertrag von 985 Mk. gegen 913 Mk. im Vorjahre und 823 Mk. im 10jährigen Durchschnitt. Die Tabakeinfuhr hatte einen Werth von $89,_{8}$ Mill. Mk. gegen $71,_{5}$ Mill. im Vorjahre und $76,_{5}$ Mill. im 10jährigen Durchschnitt; die Ausfuhr belief sich nur auf $4,_{3}$ Mill. gegen $5,_{1}$ und $5,_{8}$ Mill. Der Ertrag der Tabaksteuer bezifferte sich nach Abzug der Steuererlasse auf 11 948 228 Mk. gegen 12 089 812 Mk im Vorjahre und 11 374 127 Mk. im zehnjährigen Durchschnitt. Der Eingangszoll betrug 44 465 604 Mk. gegen 44 575 490 und 39 691 896 Mk. Rechnet man hiervon die Ausfuhrvergütungen ab mit 383 196 Mk. (gegen 394 827 Mk. im Vorjahre und 545 115 Mk. im zehnjährigen Durchschnitt), so ergiebt sich ein Nettoertrag der Tabakabgaben von 56 030 908 Mk. im Durchschnitt der letzten 10 Jahre. Auf den Kopf der Bevölkerung kommt hiernach ein Betrag von $1,_{09}$ Mk. gegen $1,_{11}$ und $1,_{08}$ Mk. Der Verbrauch an fabrikationsreifem Tabak in Deutschland ist auf 75 010 To. berechnet gegen 723 111 To. im Vorjahre. Es ergiebt dies auf den Kopf der Bevölkerung $1,_{46}$ Kg. gegen $1,_{43}$ Kg. im Vorjahre und $1,_{51}$ Kg. im Durchschnitt der letzten 33 Jahre.

Verantwortlicher Redacteur: E. Neukirch; — Redaction: Neue Graupenstraße 5 6; — für den Inseratentheil: E. Jahn; — Expedition: Neue Graupenstraße 5.6; — Verlag von C. Schütz & Co.; — Druck von Th. Schatzky; sämmtlich in Breslau.

Hierzu eine Beilage.

Beilage zu Nr. 63 der „Volkswacht“.

Donnerstag, den 14. März 1895.

Deutscher Reichstag.

(Original-Bericht der „Volkswacht“).

59. Sitzung vom 13. März, 1 Uhr.

Zur Berathung steht folgender von den Abgg. Freih. Heyl zu Herrnsheim, Graf Oriola und Dr. Friedberg (natl.) mit Unterstützung eines Theiles der nationalliberalen Fraction eingebrachter Antrag:

„Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, den Freundschafts-, Handels- und Schifffahrts-Vertrag mit der Argentinischen Republik vom 19. September 1857 auf Grund des Artikels 14 dieses Vertrages zu kündigen.“

Abg. Freih. Heyl zu Herrnsheim (natl.): Der frühere Reichskanzler erwartete von der Handelsvertragspolitik einen Nutzen für Industrie und Landwirthschaft von der Stetigkeit der Handelsverhältnisse. Diese Erwartung hat sich aber nicht für die Industrie, noch weniger aber für die Landwirthschaft erfüllt. Der letzteren Producte sind im Preise seit dem Abschluß der Verträge noch erheblich gesunken. Dagegen haben die Länder, mit denen wir noch Meistbegünstigungsverträge haben, Vortheile von den Verträgen, ohne uns eine Gegenleistung zu bieten. Dies gilt vor allem von Argentinien. Unsere Ausfuhr nach dort ist beständig gesunken, die Einfuhr von Argentinien zu uns dagegen andauernd gestiegen. Die Verschlechterung unserer Handelsbilanz fällt vor allem auf die Schultern der deutschen Landwirthschaft, die so wie so unter einer schweren Krisis zu leiden hat. Ich habe daher in Gemeinschaft mit einigen Freunden den vorliegenden Antrag gestellt. Einige sehen in der Kündigung eine Repressivmaßregel gegen die unerhörten Zollerhöhungen Argentiniens. Andere wollen mit mir vor allem den überseeischen Weizen mit Ausnahme des nordamerikanischen von Deutschland fernhalten. Ein solches Vorgehen ist keineswegs ohne Beispiel. Ich erinnere daran, daß Frankreich einen hohen Differentialzoll auf argentinische Wolle gelegt hat. England hat selbst seinen Colonien gegenüber Schutzzölle eingeführt. Das könnte uns vielleicht zu einem entsprechenden Vorgehen ermuthigen, indem wir auch den indischen Weizen von unseren Finanzen fernhalten und dadurch vielleicht den Inlandspreis heben. Wie der Handelsvertrag mit Argentinien jetzt gekündigt, so erlangen wir diesem Lande gegenüber von 1896 an Vertragsfreiheit, dann bleibt der argentinische Weizen ausgeschlossen. Andernfalls kann der Import argentinischen Weizens zu einer großen Kalamität für uns werden, da nach den mir zu Gebote stehenden französischen Quellen nur etwa 3 Procent des voraussichtlich culturfähigen Bodens bis jetzt bebaut sind. Und Argentinien hat bekanntlich den besten Boden für Weizen in der ganzen Welt, besser als Nordamerika. Deshalb steigert sich auch die Einwanderung nach Argentien beständig, es werden Straßen und Eisenbahnen gebaut. Die argentinischen Landwirthe haben sehr geringe Productionskosten, sie werden außerdem durch die in ihrem Lande herrschende Währung begünstigt. Gegen eine maßlose Ueberschwemmung mit Getreide müssen wir uns schützen. Auch die deutsche Industrie hat ein Interesse daran, denn sie kann nur bestehen, wenn die ländlichen Arbeiter noch ihr Brot finden. Ich habe mich auf den vorliegenden Antrag beschränkt, da ein Theil meiner Freunde weitergehende Anträge nicht unterstützen würde. Vor allem wäre mir eine Erklärung von Seiten der verbündeten Regierungen erwünscht, die aber leider nicht vertreten sind. Ich bitte Sie gleichwohl meinen Antrag anzunehmen.

Abg. Frese (freis. Vereing.): Auch ich wünsche vor Allem eine Erklärung der verbündeten Regierungen, damit einmal klipp und klar gestellt werde, wie sie sich zu dem Antrage verhalten. Der Vorredner beschwert sich über die von Argentinien eingeführten Zollerhöhungen, er vergißt aber, daß Argentinien dazu durch seine Finanzlage genöthigt gewesen ist. Gleichwohl hat die deutsche Industrie ein erhebliches Interesse daran, daß ein friedliches Handelsverhältniß mit Argentinien aufrecht erhalten wird. Der vorliegende Antrag kann aber leicht zu einem Zollkriege führen, der für einen erheblichen Theil unserer Industrie von den verhängnißvollsten Folgen sein dürfte. Ich meine nur den deutschen Schiffsbau und die deutsche Kohlenindustrie. Der deutschen Landwirthschaft würde er nichts nützen, denn er würde uns zu einer Verschiebung des Imports, nicht aber zugleich zu einer Preissteigerung führen. Der Import von argentinischem Weizen ist außerdem eine Lebensfrage für die deutsche Schifffahrt, die den regelmäßigen Verkehr nach Argentinien nicht unterhalten könnte, wenn sie nicht Gelegenheit hätte, den argentinischen Weizen als Rückfracht aufzunehmen. Die Folge würde sein, daß der Dampferverkehr von deutschen Häfen nach Argentinien und auch nach Brasilien beschränkt oder eingestellt würde. Aber es würde auch sehr schwer sein, nach der Kündigung des Vertrages einen neuen zu schließen, der einigermaßen günstig für uns wäre. Die Nationen, die mit uns in Argentinien in Wettbewerb stehen, würden dem entschieden entgegenarbeiten. Wir würden also zweifellos durch die Annahme des Antrags zu einem Zollkrieg kommen. Vor solchem nationalen Unglück möge Deutschland bewahrt bleiben.

Abgeordn. Graf Arnim (Reichsp.): Ich begrüße den Antrag Heyl, weil er geeignet ist, der schwierigen Lage der Landwirthschaft energischer abzuhelfen, als die bisher in Anwendung gebrachten kleinen Mittel, die zu einem wirklichen Erfolg nicht führen können. Daß die Rhederei unter der Annahme des Antrags leiden würde, glaube ich gern, aber es handelt sich hier eben nicht um eine Maßnahme zu Gunsten der Rhederei, sondern zu Gunsten der Landwirthschaft, um diese vor der Ueberschwemmung des deutschen Marktes mit argentinischem Weizen zu schützen. Diese Ueberschwemmung wird aber immer größer werden, da der argentinische Landwirth außerordentlich niedrige Productionskosten bei einem äußerst günstigen Klima hat. Auch bezüglich des Imports wird Argentinien noch erheblich begünstigt durch die niedrigen Transportgebühren. Für unsere Industrie ist aber der argentinische Handelsvertrag geradezu ein Hohn geworden, denn er hat das Gegentheil von Stabilität geschaffen; Argentinien hat seine Zölle in einer unerhörten Weise erhöht. In dem Antrag Heyl erkenne ich vor Allem das Princip, daß die Meistbegünstigungs-Verträge einer Revision unterzogen werden müssen. Zu einem Zollkriege braucht der Antrag nicht zu führen, auch Argentinien hat ja ein Interesse daran, sich den Markt bei uns, namentlich für seine Wolle, zu sichern. Es würde also sicher seine Hand zu einem neuen Vertrage bieten, durch den auch der Industrie Stabilität gesichert wird. Der Landwirthschaft würde durch die Kündigung des geltenden Vertrages ein großer Dienst erwiesen werden. Ich hoffe sogar, andere europäische Länder werden sich unserem Vorgehen anschließen und wir werden dahin gelangen, daß sich eine europäische Zollunion gegen die überseeischen Länder bildet.

Abg. Münch-Ferber (natl.): Die Kündigung des argentinischen Handelsvertrages würde der Landwirthschaft durchaus keinen Nutzen bringen, denn sie würde nur dazu führen, daß sich nach Verstopfung des einen Einfuhrcanals andere, neue erschließen. Andererseits würde der Industrie durch die Kündigung ein schwerer Schlag versetzt werden, denn sie hat heute eine Ausfuhr nach Argentinien in Höhe von 80 Millionen Mark. Von einer Erschwerung unseres Imports mit Argentinien kann keine Rede sein, denn dieses hat keine Schutzzölle, sondern nur Finanzzölle, die unserer Einfuhr nicht hinderlich sind. Die Kündigung würde unbedingt zu einem Zollkriege führen, und einen größeren Dienst könnten wir unseren Concurrenten, vor Allem Italien und Frankreich, nicht thun, denn diese warten nur auf eine Gelegenheit, um uns vom argentinischen Markt zu verdrängen. Wenn hier und da Klage geführt wird über die zollfreie Einfuhr argentinischer Wolle nach Deutschland, und wenn Petenten einen Zoll auf solche Wolle verlangen, dann vergessen sie ganz und gar, daß dadurch die Kammgarn- und Streichgarnweberei einfach ruinirt würde, ohne daß man der Landwirthschaft damit einen Dienst erwiese.

Abg. Graf Schwerin-Löwitz (cons.). Ich habe namens meiner Partei die Erklärung abzugeben, daß wir für den Antrag stimmen werden, obwohl wir nicht verkennen, daß die Kündigung zur Besserung der Nothlage der Landwirthschaft nur wenig beitragen wird, und daß derselben außerdem große Schwierigkeiten entgegenstehen. Wir stimmen aber dem Antrage zu, einmal aus principiellen Gründen, dann aber, weil wir es für ungerechtfertigt halten, daß unsererseits Argentinien die Weizeneinfuhr zum ermäßigten Zollsatz zugestanden wird, während jenes Land beständig seine Industriezölle erhöht hat. Wir sind nicht davor sicher, daß weitere Erhöhungen erfolgen, die uns die Ausfuhr nach Argentinien nicht mehr ermöglichen. Wir hoffen also mit der Kündigung nicht nur der Landwirthschaft, sondern auch unserer Exportindustrie zu nützen, wiewohl der Vortheil für erstere nicht groß sein wird. Wir bitten Sie, mit uns für den Antrag Heyl zu stimmen.

Abg. Szmula (Centr.) erklärt sich für seine Person mit dem Antrag Heyl einverstanden, denn ihm scheine eine große Gefahr für unsere Industrie darin zu liegen, daß Argentinien sich jetzt auch industriell zu entwickeln beginne. Mache es erst Fortschritte, so werde es sich von dem Import aus Deutschland ebenso losmachen, wie es Rußland gethan; dagegen werde es uns nach wie vor seinen Weizen zum ermäßigten Zollsatz, und zwar in immer größeren Mengen liefern. Die Kündigung würde unbedingt zur Folge haben, daß die Weizeneinfuhr aus Argentinien abnimmt. Auch der Schutz unserer Eichenwaldungen spreche für ihn mit, denn nach der Kündigung werde es leichter möglich sein, die Einfuhr von Quebrachoholz zu beschränken. Um den Regierungen, die heute nicht vertreten seien, Gelegenheit zu geben, sich über die Frage zu äußern, beantrage er die Verweisung des Antrages an eine Commission von 21 Mitgliedern.

Abg. Herbert (Soc.) kann in dem Antrage Heyl nur einen neuen agrarischen Vorstoß sehen, um den Getreidepreis künstlich in die Höhe zu schrauben. Für die Landwirthschaft werde aber die Kündigung des Vertrages keinen Nutzen haben, da sich der Weltmarktpreis für Weizen darum kaum heben dürfte, wogegen die Industrie die Kosten tragen müßte; sie würde unbedingt schwer geschädigt und viele Arbeiter, die heute für den Export nach Argentinien arbeiteten, würden brotlos werden. Man schätze die Zahl dieser Arbeiter auf etwa 100,000. Hier in diesem Antrage liege auch eine Umsturzbestrebung. Seine Freunde würden denselben ablehnen.

Abg. Beckh (freis. Volksp.). Der Antrag enthält eine geradezu unerhörte Zumuthung an die Mehrheit des des deutschen Volkes, die man beeinträchtigen will, um eine einzelne Klasse zu bevorzugen. Es ist um so unerhörter, als noch kürzlich eine Anzahl Kreuzer ausdrücklich zu dem Zwecke bewilligt worden sind, den deutschen Handel zu schützen. Hier will man diesem Handel ein wichtiges Absatzgebiet abschneiden. Eine große Anzahl von Handelskammern, der deutsche Handelstag, der Centralverband deutscher Industrieller haben sich denn auch entschieden gegen den Antrag ausgesprochen. Die schweren Schädigungen, die der deutschen Industrie von der Kündigung drohen, sind auch in der Debatte genügend beleuchtet worden. Geht doch aus der Handelsstatistik zur Genüge hervor, daß unser Export an Industrieproducten nach „Argentinien“ seit 1891 ganz erheblich gestiegen ist, daß er den Werth von ca. 80 Millionen Mark erreicht hat. Die eigene Firma des Antragstellers Baron Heyl hat sich übrigens nach einer mir zugegangenen Zeitungsnotiz für die Fortdauer des Handelsvertrages mit Argentinien ausgesprochen. Um so mehr Veranlassung haben wir, den Antrag Heyl abzulehnen.

Abg. Dr. Hahn (wildcons.) weist darauf hin, daß auch Argentinien bereits beginne, sich auf industriellem Gebiete selbstständig zu machen. Es werde also eine Zeit kommen, in der der deutschen Industrie der Boden dort entzogen werden wird. Bis jetzt habe man sich vornehmlich der Landwirthschaft zugewendet, daher auch die Massentransporte von argentinischem Weizen nach Deutschland. Dagegen soll der Staat eine Abwehrmaßregel ergreifen; das ist der eigentliche Sinn des Antrages. Die landwirthschaftlichen Arbeiter verdienten dieselbe Fürsorge, wie die industriellen, eigentlich sogar eine größere, denn sie seien zahlreicher als die Letzteren. Wenn sie nicht so laut nach Hilfe riefen, wie die industriellen Arbeiter, so liege das daran, daß sie nicht so organisirt seien. Erst der Bund der Landwirthe habe eine solche Organisation geschaffen. Man habe demselben, selbst von sehr hoher Stelle, Vorwürfe über die Art seiner Agitation gemacht; dieser Vorwurf könne doch nur einzelne Personen betreffen, im Ganzen habe sich der Bund der Landwirthe als so königstreu erwiesen, wie selten eine andere Corporation. (Beifall rechts.) Er wolle aber dieses Thema verlassen, sonst könne man ihm auch noch einen Vorwurf machen. Er danke dem Abg. v. Heyl, daß er den vorliegenden Antrag eingebracht habe. Deutschland müsse immer mehr darauf bedacht sein, seine wirthschaftliche Existenz in sich selbst zu begründen, denn von den ausländischen Märkten würde es mit der Zeit immer mehr abgedrängt werden. Daran und an der verminderten Kaufkraft der ländlichen Bevölkerung liege es, wenn unsere Industrie klage. Aber man wolle nichts thun, um der Noth der Landwirthschaft abzuhelfen, ja, man bezweifelt, daß die Nothlage so groß sei, wie man sie darstelle. Er kenne aber einen Fall, in dem einem Domänenpächter von den benachbarten Bauern der Morgen Land für 50 Pfennige zur Pacht angeboten worden sei. Das sei doch bezeichnend genug. Argentinien könne jedenfalls, wenn seine Entwicklung so fortschreite, wie bisher, für uns das gefährlichste Land werden. Er werde deshalb für den Antrag Heyl stimmen, obwohl nur bedingt. Wirkliche Abhilfe könne nur eine andere Versorgung des Landes mit ausländischem Getreide noch vom Vorschlage des Grafen Kanitz bringen. Man habe denselben verurtheilt, seine Tendenz als Kornwucher bezeichnet. Von Friedrich dem Großen habe man das doch nicht gesagt, obwohl er im Grunde nur das gethan, was der Antrag Kanitz verlangt. Er bitte also den Antrag Heyl anzunehmen, möchte dabei aber zugleich ein gutes Wort für den Antrag Kanitz einlegen.

Darauf wird die Weiterberathung auf Donnerstag 1 Uhr vertagt. (Außerdem: Postetat.)

Schluß 5 Uhr.

Locales.

Breslau, den 14. März 1895.

Das Wahl- und Stimmrecht für die Frauen.

Ueber dieses Thema wird Genosse Bruhns in einer großen Volksversammlung referiren, die am Dienstag, den 19. März, Abends 8 Uhr, im Saale des Etablissements „Deutscher Kronprinz“ stattfindet.

Genossinnen und Genossen erscheint recht zahlreich in dieser Versammlung.

* Eine Glückwunschadresse dem Exkanzler zu seinem 80. Geburtstage, das ist es, wozu sich der Magistrat von Breslau, der als „freisinnig“ gilt, doch verstanden hat, wenn die „Bresl. M.-Ztg.“ recht berichtet ist. Der dem Magistrat von gewisser Seite ausgesprochene Wunsch, Bismarck das Ehrenbürgerrecht zu verleihen, hätte mit dem Beschlusse des Magistrats, diesem Manne eine Glückwunschadresse zu überreichen, soweit die verwaltende Behörde der Stadt in Frage kommt, seine Erledigung gefunden. Zunächst hat also jetzt die Stadtverordneten-Versammlung das Wort. — Wir kommen auf die Angelegenheit noch zurück.

* Gegen die Tabakfabrikatsteuer hat sich auch die Breslauer Handelskammer ausgesprochen; sie richtete in den ersten beiden Tagen des laufenden Jahres an den Reichstag eine Petition, deren Schlußpassus wie folgt lautet:

Jede starke steuerliche Mehrbelastung des Tabaks muß zu einem Rückgang des Consums und in Folge dessen zu einer Einschränkung der Production, zu einer Abstoßung zahlreicher in dieser thätigen Arbeitskräfte führen. Das System der Fabrikatwerthsteuer führt zu einer unrationellen Steigerung der Erhebungskosten; es erfordert eine sämmtliche Zweige der Tabakindustrie und des Tabakhandels im höchsten Maße belästigende und schädigende Controle, ohne damit umfangreiche Defraudationen zu verhindern. Die Wirkungen eines solchen Gesetzes werden derart wirthschaftlich schädigend für Tabakhandel und -Industrie sein, daß schließlich der Uebergang zum Tabakmonopol eine Nothwendigkeit werden würde. Die Durchführung der Fabrikatsteuer würde die Unzufriedenheit in den weitesten Kreisen der Bevölkerung in bedenklichem Maße steigern. Aus allen diesen Gründen richten an den hohen Reichstag wir die ehrerbietige Bitte, dem vorgelegten Entwurf eines Tabakfabrikatsteuergesetzes die Genehmigung zu versagen.

Ferner petitionirt die Breslauer Handelskammer beim Bundesrath wegen Abänderung des Zuckersteuergesetzes; sie wünscht, daß der Bundesrath: 1. dem Reichstage baldigst ein Nothgesetz vorlege, durch welches die einstweilige Beibehaltung der jetzigen Prämien auf ausgeführten Zucker festgesetzt wird, etwaigen weitergehenden Anträgen aber die Zustimmung versage, 2. mit Rußland, Oesterreich, Frankreich, Belgien und

Holland behufs Aufhebung der bis jetzt gewährten Ausfuhrprämien auf Zucker in Verhandlung trete.

* **Auskunftsbureau.** Der Vorstand der Versicherungsanstalt Schlesien hat, wie die „Br. M.-Ztg." erfährt, in seinem Höfchenplatz und Charlottenstraße Ecke belegenen Verwaltungsgebäude ein Bureau errichtet (Zimmer Nr. 3, rechts vom Haupteingang), in welchem jede auf dem Gebiete der Invaliditäts- und Altersversicherung Rath suchende Person jederzeit Auskunft erhält und erforderliche Anträge, soweit sie nicht durch die untere Verwaltungsbehörde gestellt werden müssen, zu Protocoll erklärt werden können. Hierbei erwähnen wir, daß der Vorstand der Versicherungsanstalt für jede Controlstelle der Provinz einen besonderen Sprechtag festgesetzt hat, welcher größtentheils mit dem am Wohnorte des Control-Beamten stattfindenden Wochenmarkte zusammenfällt. Diese Sprechtage sind für die Controlstelle Glatz Dienstag, Controlstelle Oels Sonnabend, Controlstelle Schweidnitz Freitag, Controlstelle Strehlen Montag, Controlstelle Freystadt Freitag, Controlstelle Glogau Dienstag, Controlstelle Görlitz Donnerstag, Controlstelle Hirschberg Donnerstag, Controlstelle Liegnitz Freitag, Controlstelle Kreuzburg Freitag, Controlstelle Neisse Sonnabend, Controlstelle Ratibor Donnerstag. Durch die Einrichtung solcher Auskunftsstellen wird viel Zeit und überflüssiges Schreibwerk gespart.

* **Unternehmer-Gewinne.** Recht einträglich war im verflossenen Jahre das Geschäft der schlesischen Gasactien-Gesellschaft; der Reingewinn beträgt nicht weniger wie 107,559 Mark gegen 102 104 Mark im Vorjahre. Der Generalversammlung soll deshalb auch behufs Verwendung desselben vorgeschlagen werden, das Abschreibungsconto mit 28,000 Mark (Vorjahr 20 000 Mark) zu dotiren und nach Zahlung der statutenmäßigen Tantièmen eine Dividende von $6\frac{2}{3}$ %, ebenso wie im Vorjahre, zu vertheilen. — Die Actionäre der Breslauer Wechslerbank erhalten eine Dividende von 5 Procent. — Die Actiengesellschaft Maschinen-Bauanstalt und Eisengießerei vorm. Th. Flöther hat im vorigen Jahre einen Reingewinn von 246,427 Mark erzielt, so daß voraussichtlich sechs Procent Dividende zur Vertheilung gelangen werden.

* **Schulgesundheitspflege.** Aus Anlaß eines besonderen Falles hat neuerdings die städtische Schulbehörde im Einverständniß mit dem Königlichen Polizeipräsidium bestimmt, daß Kinder, die an Diphtheritis erkrankt waren und sich nicht in klinischer oder Hospitalpflege befanden, erst nach Beibringung einer Bescheinigung des städtischen Desinfectionsamtes über erfolgte Desinfection der Wohnung der Eltern oder Pfleger der betreffenden Kinder zum Schulbesuch wieder zuzulassen sind.

* **„Union", allgemeine Kranken- und Sterbekasse für gewerbliche Arbeiter.** Seit Jahren fehlte es in Breslau an einer den örtlichen Verhältnissen entsprechenden freien Hülfskasse, welche den versicherungspflichtigen Personen, die in Folge ihrer Beschäftigung einer hiesigen Orts-, Betriebs- oder sonstigen Zwangskasse angehören müssen, eine Doppel-Versicherung ermöglichte. Die hier bisher bestehenden freien Krankenkassen haben dadurch, daß sie sich dem § 75 des Kranken-Versicherungsgesetzes anpaßten, ihre Beiträge derart erhöhen müssen, daß sie für die Mehrzahl der Arbeiter unerschwinglich wurden. Um diesem Uebelstande abzuhelfen, ist deshalb im vorigen Jahre die Kasse „Union" gegründet worden, die es trotz der kurzen Zeit ihres Bestehens zu einer stattlichen Mitgliederzahl gebracht hat. Sie gewährt nur Kranken-Unterstützung und Sterbegeld; die freie Arztwahl ist consequent durchgeführt. Mitglied der Kasse kann jeder in Breslau wohnende Arbeiter, Handwerker und Geschäftsmann werden, welcher das 45. Lebensjahr noch nicht überschritten hat. Das Kassenlocal befindet sich in Heider's Brauerei, Herrenstr. 19, jeden Sonnabend ist Kassenabend; die Aufnahme neuer Mitglieder erfolgt im Kassenlocal. Näheres über die Höhe der Beiträge und der Unterstützungen siehe Inserat.

* **Circus Renz.** Die Parole, die jetzt allenthalben ausgegeben wird, heißt: Auf zu Renz! Den Beweis dafür liefert das allabendlich ausverkaufte Haus, in welchem Kopf an Kopf gedrängt, nur mit Mühe ein Plätzchen zu finden ist. An Stelle des Altmeisters Renz, der zuletzt im schönen Bau am Lessingplatz seine glänzenden Vorstellungen gab, ist sein Sohn getreten. Herr Commissionsrath Renz änderte an dem erprobten System seines Vaters nur wenig, sondern fügte dem Alten noch Neues hinzu. Das ungeschwächte Vertrauen der Breslauer Einwohnerschaft und mit ihnen gewiß aller schlesischer Bewohner für den Circus Renz ist auf den Sohn übergegangen und gipfelt in den stürmischen Ovationen, die allabendlich Herrn Director Renz bei seinem Auftreten zu Theil werden. Das Programm, das bei jeder Vorstellung sich vor den Augen der Zuschauer entwickelt, ist ein glänzendes und reichhaltiges und entspricht den Traditionen des Circus. Wiederum sind es die prächtigen Pferde und deren tadellose Dressur, die berechtigte Bewunderung erregen. Mit der Vorführung des ostpreußischen braunen Hengstes „Edinburgh" betrat gestern Herr Director Franz Renz, lebhaft begrüßt, die Arena und bekundete staunenswerthe Resultate der Dressur. Die von demselben Herrn in Freiheit vorgeführten sechs „Trakener-Rapphengste" boten Gelegenheit, den herrlichen Pferdebestand anzustaunen. Die Concurrenz-Schule, geritten von den Damen Fräulein Willy Renz (Tochter des Directors) und Frau Renz-Stark mit den Schulpferden Cromwell und Maestoso und den Steiger Alep und Solon wurden von den beiden Damen mit vollendeter Grazie ausgeführt. Als Jockeyreiter ersten Ranges, dessen Evolutionen auf dem Pferde wahrhaft staunenswerthe waren, galt Mr. A. Clark. Der Humor ist im Circus in glücklichster Weise vertreten und gipfelt in den drolligen Leistungen des Groteskkomikers Levater-Lee, der den von Tom Belling geschaffenen August bei weitem übertrifft und wahre Lachsalven erregt. Geradezu verblüffende Leistungen bieten im zweiten Theile die Bonhair-Truppe „mit den ikarischen Spielen", die in solcher Vollendung hier noch nie gesehen wurden. Einzelne Tricks der Truppe, die aus zwei Männern und drei prächtigen Knaben besteht, grenzen nahe an das Unglaubliche. Die Glanzleistungen des Renz'schen Circus bestehen in der Pantomime, die noch von früher her in bester Erinnerung sind. Als solche gilt diesmal die Paradepantomime „Ein Huldigungsgruß an Breslau", in welcher Herr Director Renz den ungeheuren Apparat von Menschen, Pferden, Costümen durch eine äußerst geschickte Regie zu einem farbenreichen Bilde vereinigt, wie es wohl die Breslauer nur selten gesehen haben dürften. Welchen Umfang diese Huldigung einnimmt, beweist der Umstand, daß das Corps de Ballet in mehr als hundert Balleteusen vertreten ist.

* **Volksvorstellung im Thalia-Theater.** Dienstag, den 19. März „Uriel Acosta" von Karl Gutzkow. Näheres siehe Inserat in heutiger Nummer.

* **Stadt-Theater.** Donnerstag findet die erste Aufführung des Märchenspiels „Es war einmal —" von Holger Drachmann, Musik von Lange-Müller statt. — Freitag geht die Oper „Das Nachtlager von Granada" in Scene, darauf folgt die Oper „Cavalleria rusticana".

* **Lobe-Theater.** Die nächste Aufführung des neuen Lustspiels „Aus Berlin W." findet nicht Freitag, sondern erst Sonnabend statt, da Freitag noch das Festspiel „Königin Luise" zur Darstellung gelangt. Gleichzeitig mit „Aus Berlin W." kommt Sonnabend das neueste Moser'sche Lustspiel „Die Generalin" erstmalig zur Aufführung.

* **Concordia-Theater.** Das am Sonntag mit großem Beifall aufgenommene historische Volksstück „Anna-Lise" von Hersch wird heute wiederholt. — Morgen findet eine Doppelvorstellung statt. Aufgeführt werden „Das Fest der Handwerker", Posse von Angely und der Schwank „Hector" von Moser. Den Schluß bildet die Suppé'sche Operette „Zehn Mädchen und kein Mann". Für das nächsten Mittwoch stattfindende Benefiz für Beckow wird „Der neue Stiftsarzt" einstudirt.

* **Mit Eissprengungen** in größerem Maße ist gestern oberhalb des Strauchwehres, über welches die Hauptmasse des Eises der oberen Oder ihren Weg in die alte Oder nehmen soll, um die Innenoder der Stadt möglichst von dem Drucke des Eisganges zu entlasten, begonnen worden.

* **Vermißt** wird die 58 Jahre alte Frau Angelika Ullrich, geb. Schönfeld; dieselbe hat sich am 10. d. M. aus der Wohnung ihres Sohnes Ottostraße Nr. 27, entfernt, um in den Circus zu gehen, und ist seitdem verschwunden. Dieselbe war mit schwarzem Mantel, blauer Capotte, braunem Muff, schwarzem Kleid, schwarzen Strümpfen und Lederschuhen bekleidet.

* **Einbruch.** In der Nacht zum 11. d. Mts. ist die Comptoirbude eines an der Ohlauerchaussee gelegenen Lagerplatzes erbrochen und aus derselben verschiedenes Inventar entwendet worden.

* **Schlafstellendieb.** Am 9. d. Mts. Abends kam ein junger Mann in die Wohnung eines Schmiedes auf der Büttnerstraße und miethete eine Schlafstelle. Dabei äußerte er, daß er für eine hiesige große Schlosserei als Geselle engagirt worden sei und sich am anderen Morgen seine Sachen von der Bahn holen werde. Am andern Morgen nahm er eine silberne Spindeluhr bezw. 2 Mark mit. Vor dem Schwindler muß gewarnt werden, zumal er durch sein einnehmendes Wesen einen guten Eindruck macht. Er ist 20—25 Jahr alt, mittelgroß, dunkelblond und ist bekleidet mit schwarzem Kammgarnanzug, braunem Hut, Ueberzieher und Halbstiefeln.

* **Polizeiliche Nachrichten.** In das Polizeigefängniß wurden am 12. d. M. 58 Personen eingeliefert. — Gestohlen wurde: einem Haushälter in der Herrenstraße eine Anzahl Schlüssel. — Abhanden kam: ein neusilberner Thürgriff einer Droschke. — Gefunden wurden: ein Bierzipfel, 74 kleine Schlösser, eine Peitsche und ein Arbeitsbuch.

Gewerbegericht. In der am 11. März abgehaltenen Sitzung, die unter dem Vorsitz des Stadtraths Mentzel stattfand, wurden unter anderen Fällen folgende Streitgegenstände verhandelt.

Bei dem Decateur Sally Brasch war der Decatir-Werkmeister Koefritz gegen ein wöchentliches Lohn von 30 Mark eine Zeitlang beschäftigt. Am 6. Dezember v. J. brachte der Kutscher des Brasch 8 Stück 160—180 Meter Lodestoffe im Auftrage der Garderobenhandlung Guttentag in die Decatiranstalt zum decatiren. Diese Stoffe sollten, wie der Kutscher ausdrücklich ausgerichtet haben will, „geschaut" werden, d. h. es sollte nachgesehen werden, ob sie Fehler haben, damit eventuell der Garderobenhändler bei der Fabrik, von der die Stoffe geliefert waren, vorstellig werden könnte. Gleich nach der Ablieferung ließ Guttentag aus den Stoffen Mäntel fertigen und nun ergab sich, daß die Stoffe nicht geschaut sein konnten, denn in den Mänteln waren die Fehler zu sehen. Guttentag zog aus diesem Grunde dem Brasch 48 Mark von der Rechnung ab, indem er den Schaden pro Mantel — es waren ihrer 16 auf 3 Mk. berechnet. Brasch wollte sich diesen Verlust nicht gefallen lassen, er zog sich einfach den Betrag vom Lohne des Werkmeisters ab, weil er für die richtige Ausführung der Aufträge verantwortlich gemacht worden war. Koefritz glaubte, daß ihm dieser Abzug zu Unrecht gemacht worden sei, er strengte daher gegen seinen Prinzipal eine Klage wegen der 48 Mark an. In dieser Sache stand schon im Monat Januar Termin an, der aber vertagt wurde, weil Sachverständige vernommen werden sollten. Im heutigen Termin fand die Vernehmung der Decateure Schädrich und Kaplan statt. Die Meinungen dieser beiden Sachverständigen gingen weit auseinander. Herr Schädrich begutachtete, daß bei den billigen Lodestoffen, von denen der Meter vielleicht nur 2 Mark kostet, ein Fehler leicht zu übersehen sei, zumal derartige Stoffe größtentheils „galandert" (gepreßt) wären und so selbst dem geübten Auge oft die an den Stoffen haftenden Fehler entgehen könnten. Den Schaden taxirte er höchstens auf 16 Mark, 1 Mark pro Mantel. Herr Kaplan dagegen meint, daß solche grobe „Banden" beim „Schauen" unbedingt gesehen werden müßten; die Mäntel hätten unbedingt an Werth verloren, den Schaden schätze er unbedingt auf mindestens 48 Mark. Der als Zeuge vernommene Kutscher bekundete, daß nach seiner Wahrnehmung Koefritz die Waare überhaupt nicht geschaut, sondern sie sogleich auf den Wickelbock mit den Worten aufgerollt habe: „Was werden da groß für Fehler sein". Herr Guttentag, der ebenfalls vernommen wurde, äußerte sich dahin, daß ihm die 16 Mäntel von dem Käufer zurückgesandt worden sind und daß ihm durch das Nichtschauen ein beträchtlicher Schaden erwachsen sei. Kläger behauptet, daß er die Stoffe nachgesehen habe, wie er überhaupt immer mit großer Gewissenhaftigkeit gearbeitet habe. — Der Vorsitzende erklärt, daß es für die Parteien von Interesse wäre, sich in der Sache zu einigen. Durch die verschiedenartigen Gutachten könne das Gewerbegericht noch zu keinem bestimmten Resultat kommen, es müßte daher noch das Gutachten eines dritten Sachverständigen eingeholt werden. Beklagter erklärte sich bereit, die Hälfte der Forderung zu zahlen, womit Kläger einverstanden war.

Der Schuhmacher Schmidt verlangt von dem Schuhmachermeister Ertelt eine achttägige Lohnentschädigung mit 10 Mark. Er war bei dem Meister auf Accordarbeit angenommen und daselbst zwei Wochen beschäftigt. Da er aber nicht genügend beschäftigt wurde und nur wöchentlich ein paar Mark verdiente, verließ er die Werkstatt, beansprucht aber Lohn für eine Woche. Beklagter mußte den Thatbestand zugeben, meint aber, daß er daran keine Schuld habe, weil nicht mehr Arbeit vorhanden gewesen wäre. Kläger bestreitet dies, es wäre wohl Arbeit dagewesen, nur habe der Meister einen anderen Gesellen bevorzugt. Das Gewerbegericht wies den Kläger kostenpflichtig ab; Kläger habe die Arbeit freiwillig verlassen, er hätte sie, wenn er zu wenig Arbeit vorgefunden, aber gleich verlassen können, einen Anspruch aber auf Lohnentschädigung könne er indessen nicht geltend machen.

Sprechsaal.

Diese Rubrik stellt die Redaction dem Publikum zur freien Verfügung, soweit der Raum des Blattes solches gestattet. Eine Verantwortung für den Inhalt des in dieser Rubrik Veröffentlichten übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber nicht. Einsendungen werden nur berücksichtigt, falls das Papier auf einer Seite beschrieben ist.

Beerdigungen durch die Armendirection. Wie die Aermsten unter den Armen zur letzten Ruhe gebettet werden, ist bekannt; noch übers Grab hinaus sind sie als solche kenntlich. Aber auch den Angehörigen dieser so Betrauerten scheint man eine besondere Behandlung zu Theil werden zu lassen. So sollte am Montag früh 7 Uhr die Beerdigung einer älteren Frau durch die Armendirection stattfinden. Die Leidtragenden waren am Allerheiligen-Hospital, wo sich die Leiche befand, zur Stelle, aber mit der Beerdigung wollte es nicht vor sich gehen; erst um 9 Uhr, also volle zwei Stunden später, wurde die Leiche nach dem Kirchhof

geschafft. Jedenfalls ist ein solches Verfahren hier am allerwenigsten am Platze, wenn man bedenkt, daß die dem Sarge folgenden Personen sämmtlich mit ihrer Zeit sehr haushälterisch umzugehen haben. Zeit ist für Arbeiter ganz besonders Geld! Vielleicht fühlt man sich veranlaßt, bei derartigen Beerdigungen künftig die Pünktlichkeit einzuhalten, die von den Angehörigen und Leidtragenden eines Verstorbenen und durch die Armen-Direction Bestatteten gefordert wird. W. G.

Schlesien.

* **Liegnitz**, 13. März. Der Bund der Landwirthe hielt hier am 12. d. Mts. eine Versammlung ab, in welcher Dr. Rinke aus Schweidnitz, der als Redner angekündigt war, selbstverständlich recht lebhaft für den Antrag Kanitz eintrat. Die Versammlung schloß mit einem Hoch auf Bismarck, den Brotvertheurer, in dessen Geiste der Bund der Landwirthe weiter fortarbeiten will

* **Jauer**, 13. März. Ueber den Brand des hiesigen Rathhauses berichtet die „Schl. Ztg.“: Gestern Abend bald nach 6½ Uhr entstand in einer der zahlreichen Dachkammern des Rathhauses Feuer, welches sich schnell über den ganzen Dachstuhl verbreitete, da es an den aufgestapelten alten Acten reichliche Nahrung fand. Schon um 7 Uhr wälzten sich dichte Rauchwolken über die Stadt. Die Feuerwehr war rasch zur Stelle, aber der gewaltige Rauch hinderte die Löscharbeiten außerordentlich. Der Marktplatz wurde von einer Compagnie Soldaten abgesperrt Zunächst schritt man zur Rettung der zahlreichen Acten der städtischen Verwaltung und zur Sicherung der Kassen. Obwohl ungeheure Wassermengen in die Flammen geschleudert wurden, breitete sich das Feuer immer mehr aus, das Fachwerk zerbarst, und hoch schlugen die Flammen aus dem Gebälk empor, während viele brennende Papierstücke vom Winde fortgeführt wurden und ein starker Funkenregen sich über die angrenzenden Straßen ergoß. Um 8½ Uhr war der ganze Dachstuhl zusammengestürzt, und nun wurde man der Flammen bald Herr. Schwer beschädigt vom Feuer sowohl wie vom Wasser ist auch das obere Stockwerk des Rathhauses, insbesondere der Stadtverordnetensitzungssaal und das Magistratszimmer. Glücklicherweise blieb der schöne Rathhausthurm erhalten. Stark gefährdet waren auch die Germania-Apotheke und die Hauptwache. Ueber die Entstehungsursache des Brandes ist noch nichts sicheres bekannt.

* **Lauban**, 15. März. Die Actionäre der hiesigen Thonwerke können wieder zufrieden sein, das Geschäft ist im verflossenen Jahre ein gutes gewesen und für ihre „mühevolle“ Thätigkeit bekommen sie jetzt 7½ Procent Dividende ausgezahlt. Die Arbeiter dagegen werden mit niedrigen Löhnen abgespeist

* **Remslau**, 14. März. Opfer der Arbeit Als am Sonnabend Abend der Bahnwärter Synok aus Wilkau von der Station Namslau auf dem Bahndamm nach Hause ging, wurde er von der Maschine eines hinter ihm kommenden Zuges erfaßt und die Böschung hinuntergeschleudert Hierbei erlitt derselbe solch schwere Verletzungen, daß er nach wenigen Stunden starb. Synok ist seit 2 Jahren im Amte und hinterläßt eine Wittwe und 6 unerzogene Kinder.

cn. **Tiefenfurt**, 14. März. Auch bei uns wird der Bettelsack für den Alten in Friedrichsruh geschwungen; die Frau eines Fabrikbesitzers hat die Sache in die Hand genommen und darf unter 10 Pfg. nicht gezeichnet werden. Die Arbeiter können sich in Folge dessen natürlich nicht ausschließen, wenn sie sich nicht eventuelle Unannehmlichkeiten bereiten wollen Kaufmannstöchter liefen hier von Haus zu Haus und sammelten für einen Mann, den das Volk nur verachten kann, der Millionen aus den Besitzlosen unbarmherzig herauspreßte und es auch verstand, selbst mehrfacher Millionär zu werden. Die Geldsammlerinnen dürften gar manchmal recht unliebsam abgefertigt worden sein.

* **Altwasser.** Zur Beleuchtung der Zustände in der Porzellanfabrik von C. Tielsch u. Co. entnehmen wir der „Ameise“ Folgendes: Bei der Einführung des Gießverfahrens sei es vorgekommen, daß einige ledige Dreher lieber kündigten, als die betr. Artikel für die dafür bestimmten niedrigen Löhne fertigten. Ein Oberdreher, der hierüber zur Rede gestellt wurde, erhielt vom Herrn Director die Weisung, diese Artikel ferner nur den verheiratheten Drehern in Arbeit zu geben, weil letztere nicht so leicht mit Frau und Kindern davonlaufen könnten. Vor einiger Zeit wurden in Fabrikantenblättern Maler gesucht, trotzdem täglich einige Maler abwechselnd feiern müssen; es scheint die Absicht vorgelegen zu haben, sich stets Vorrath an Arbeitskräften zu sichern, um eventuell die „Hetzer und Führer“ unter den Arbeitern leichten Herzens abzuschütteln.

Wie schon berichtet, sind die Forderungen und Wünsche seitens der Maler und Dreher, welche sehr bescheiden sind, bereits vor mehr als 14 Tagen schriftlich eingereicht worden, doch ist ein Bescheid (der Herr Director war verreist) nicht erfolgt. Die Arbeiter vermuthen vielfach, daß die Angelegenheit gern auf die lange Bank geschoben wird; man scheint seitens des Unternehmers erst abwarten zu wollen, ob die verhängte Sperre auch ihre Wirkung zeigt und will schließlich durch die Verschleppung der Sache die Arbeiter von ihren Forderungen abbringen. Das darf nicht geschehen! Die Arbeits- und Lohnverhältnisse sind hier so außerordentlich mißlich geworden, daß es Pflicht eines jeden Arbeiters ist, dafür einzutreten, daß die Lebenslage nicht noch schlechter wird, sondern eine Aufbesserung erfährt. So wie jetzt die Verhältnisse sich zugespitzt haben, kann es auf die Dauer nicht weiter gehen!

Wie verlautet, haben die anderen Arbeiter und Arbeiterinnen, die Kapseldreher, Thonarbeiter, Brennhausarbeiterinnen u. s. w. ebenfalls ihre Forderungen und Wünsche der Direction unterbreitet oder werden dies in den nächsten Tagen thun. Veranlassung dazu liegt auch bei diesen Arbeitern und Arbeiterinnen in hohem Maße vor, denn ihre Lage ist eine wenig beneidenswerthe.

Nächstens sollen an dieser Stelle die Zustände in der Porzellanfabrik von C. Tielsch u. Co., unter besonderer Berücksichtigung der Beschaffenheit der Arbeitsräume, Betriebseinrichtungen, Maschinen ꝛc. besprochen werden.

— Die Errichtung eines Gewerbegerichts für den hiesigen Bezirk, mit dem Sitz in Altwasser, ist dringend nothwendig und die Arbeiter haben schon oft nach dieser Richtung ihre Wünsche, wenn auch nicht öffentlich, geäußert. Der Ortsverein der Porzellanarbeiter hat nun die Vorstände der Gewerkschaften von hier und Umgegend für Sonnabend, den 16. März, zu einer Versammlung im Gasthof zum deutschen Kaiser eingeladen, in welcher über die Frage der Errichtung eines Gewerbegerichts hierorts ein Vortrag gehalten und im Anschluß daran das Weitere beschlossen werden soll. Genossen und Arbeiter von Altwasser und Umgegend, erscheint recht zahlreich in dieser Versammlung

Vermischtes.

Wann schließt das Jahrhundert? Angesichts des näherrückenden neuen Jahrhunderts hat die Frage, wann ein Jahrhundert schließt, ein gewisses actuelles Interesse. Die Kopenhagener „Nat.-Tidende“ erinnert daran, daß am 31. December 1800 am weimarischen Hof aus Anlaß des Schlusses des 18. Jahrhunderts ein großes Fest mit einem Aufzug in Kostüm stattfand. Um Mitternacht zogen sich Goethe, Schiller, Schelling und Henrik Steffens in einen Nebenraum zurück, wo diese großen Geister unter Geplauder den Champagner sprudeln ließen. Steffens berichtet hierüber und erzählt, wie schon am vorhergehenden Jahrestage, am 31. December 1799, verschiedene das Ende des Jahrhunderts gefeiert und mit stimmungsvollen Gefühlen dem mitternächtlichen Glockenschlage gelauscht hätten, während sich andere über diese Fehlrechnung lustig machten. Steffens sprach damals aus, daß man wohl bei jedem Wechsel des Jahrhunderts den Streit darüber erneut hören werde, ob man nicht mit Null anfangen solle. Es ist doch seltsam, sagt er, daß man immer von neuem auf Grund der Veränderung der Zahlen den Schluß für den Anfang betrachtet und vergißt, daß die Null doch nur durch die Einheit, die vorangeht, Bedeutung erhält. Jetzt, wo sich das 19. Jahrhundert dem Ende nähert, wird man wieder verschiedene Meinungen darüber hören, wann in Wirklichkeit der neue Zeitabschnitt eintritt. Um Mißverständnissen vorzubeugen, hat die Universität in Kopenhagen in alle dänischen Kalender für 1895 die Bemerkung eingeschaltet, daß das laufende Jahr „das 95. im 19. Jahrhundert ist, das mit dem 31sten December 1900 endet“. Diese Auffassung sei auch im Kreise der Chronologen niemals bestritten worden. Das erste Jahr der christlichen Zeitrechnung heiße 1 und ein Jahr 0 habe es nicht gegeben. Folglich gehe das Jahrhundert auch erst mit dem letzten Tage des Jahres 1900 zu Ende Rechnungsmäßig ist das durchaus richtig, und dennoch ist es sehr erklärlich wenn die wohlbegründete Theorie durch die thatsächliche Erscheinung der neuen Ziffer in den Hintergrund gedrängt wird, wenn also der Beginn des Jahrhunderts sich in unserer Vorstellung mit dem Hervortreten der Zahl 1900 verknüpft. Am 1. Januar 1901 wird uns das neue Jahrhundert schon recht alt vorkommen; noch auffallender wird es aber unseren Urenkeln sein, wenn sie das neue Jahrtausend erst beginnen sollen, nachdem sie schon 12 Monate lang die Jahreszahl 2000 geschrieben haben werden.

Neueste Nachrichten.

— **Berlin**, 13. März. Der „Berl. Corr.“ zufolge, erklärte der Regierungsvertreter Seckendorff in der gestrigen Umsturzcommission nicht, daß die Regierung die lex Heinze demnächst wiedereinbringen werden. Von den Regierungen sei bisher weder über die Wiedereinbringung der alten, noch einer etwaigen neuen diesbezüglichen Vorlage Beschluß gefaßt worden. Eine neue lex Heinze sei nicht in Ausarbeitung.

— Wie die „N. A. Z.“ hört, hat der Präsident des Reichstages, Herr v. Levetzow, die Absicht, die Osterpause in den Verhandlungen des Hauses am 5. April beginnen zu lassen. Ob etwaige, auf eine frühere Vertagung gerichtete Wünsche Erfüllung finden können, dürfte von der Geschäftslage abhängen.

— Das Oberverwaltungsgericht hat demnächst in einem dritten Fall über die Aufführung der „Weber“ zu entscheiden, deren Zulassung der Minister v. Köller zu seiner Kritik veranlaßte. Auf dem Nationaltheater in Halle ist nämlich von der Polizei die Aufführung der „Weber“ untersagt worden. Sollte der Oberpräsident, an den zunächst Beschwerde ergangen ist, das Verbot aufrecht halten, so soll hiergegen Klage erhoben werden.

— **Tarnopol**, 13. März. Hochverrathsproceß. Alle Angeklagten wurden von der Anklage des Hochverraths einstimmig, von der Anklage der Majestätsbeleidigung mit Stimmenmehrheit freigesprochen. Die Angeklagten wurden sofort freigelassen.

— **Athen**, 12. März. Da der Polizeipräfect sich weigerte, die neuen Bestimmungen über die Wagen wieder aufzuheben, sind die Kutscher von Athen und dem Piräus in einen Ausstand eingetreten.

— **Brüssel**, 13. März. Die hiesige socialistische Partei hat gestern eine Versammlung abgehalten, in welcher der allgemeine Ausstand aller Arbeiter in ganz Belgien in Aussicht genommen wurde, falls die Kammer das reactionäre Gemeindewahlrecht annehmen sollte.

— Die Blätter glauben, der Kriegsminister werde seine Entlassung einreichen, wenn der Gesetzentwurf, betreffend die militärische Reorganisation, nicht angenommen wird. Der Minister ist der Ansicht, daß der persönliche Dienst allein geeignet ist, der socialistischen Propaganda im Heere entgegen zu treten.

— **Paris**, 13. März. Es scheint ein General-Ausstand der hiesigen Omnibus-Kutscher bevorzustehen.

— **Madrid**, 12. März. Nach einer Depesche aus Cuba herrscht in den fünf westlichen Provinzen Ruhe; in der Provinz Manzanillo zeigen sich einige Banden Aufständischer. Unter den Letzteren soll Uneinigkeit bestehen.

— **Petersburg**, 13. März. Heute ist ein kaiserlicher Ukas veröffentlicht worden, nach welchem der Procentsatz der jüdischen Zöglinge der Odessaer Kommerzschule einzuschränken ist. Das Verhältniß der Zahl der jüdischen Schüler zu den christlichen ist danach festzusetzen, wie erstere an dem Unterhalte der Schulen theilnehmen. Nach diesem Verhältniß wird der Finanzminister alljährlich den Procentsatz der zuzulassenden jüdischen Schüler bestimmen.

— Einer Meldung der „Nowoje Wremja“ aus Tientsin zufolge verlangt Japan die Abtretung eines großen Stückes der Mandschurei bis Mukden und der großen Mauer. Das Blatt bemerkt dazu, daß die Mandschurei in der russischen Interessensphäre liege. Ferner sollen die Japaner beabsichtigen, die Mandschu-Dynastie zu entthronen und auf den chinesischen Thron ihren Protégé, einen Abkömmling der Ming-Dynastie, zu setzen. Letzterer soll versprechen, den Japanern den Zutritt in das Innere Chinas zum Handelsbetrieb freizugeben, japanische Ingenieure sollen chinesische Eisenbahnen bauen und japanische Offiziere die chinesische Armee und Flotte ausbilden.

Standesamtliche Nachrichten.

Vom 12. März.

Eheschließungen. I. Kutscher Gustav Bartsch, ev., mit Emilie Keil, ev., hier. — Prakt. Arzt Dr. med. Nathan Cohn, jüd., mit Anna Baum, jüd., hier. — Herrschaftlicher Kutscher August Herrmann, evang., in Pilsnitz, mit Anna Geisler, ev., hier. — II. Stallmann Gustav Pelz, kath., mit Anna Jamrosche, kath., hier. — Postassistent Otto Schnake, ev., mit Clara Schulze, ev., hier. — III. Arbeiter Wilhelm Aulich, ev., mit Ida Herzog, kath., hier. — Gelbgießer Wilh. Gründler, kath., mit Marie Mandel, kath., hier. — Bäcker Franz Schink, kath., mit Anna Piche, kath., hier. — Tischler Heinrich Titzmann, ev., mit Marie Ludwig, ev., hier.

Todesfälle. I. Elfriede, T. des Fleischers Hermann Lukas, 1 J. 2 M. — Drechslerwittwe Anna Rosina Vogel, geb. Grundmann, 82 J. — Getreidehändlerwittwe Theresia Schubinsky, geborene Buhr, 92 J. — Handelsmannsfrau Dorothea Israel, geb. Durra, 63 J. — Kaufmannswittwe Louise Goldstein, geb. Schweitzer, 59 J. — Elfriede, T. des Kutschers Carl Laske, 2 Mon. — Schneiderin Clementine Gräber, 26 J. — II. Max, S. des Arbeiters Daniel Grzella, 2 J. — Arthur, S. des Arbeiters Johann Ließ, 1 J. — Schuhmachermeisterfrau Louise Bach, geb. Härtel, 81 J. — Früh. Lohnfuhrmann Adolf Grabowsky, 76 J. — Ernst, S. des Maurers Carl Paul, 10 M. — III. Hugo, S. des Post-Assistenten Carl Beier, 3 Mon. — Instrumentenbauersfrau Anna Neugebauer, geb. Peukert, 70 J. — Lehrerin Fanny Gantier, 64 J. — Tapezierersfrau Maria Hoffmann, geborene Schur, 33 J. — Früh. herrschaftlicher Kutscher Carl Habich, 42 J. — Emma, T. des Tischlermeisters Robert Stohrer, 1 J. — Schlosser August Vetter, 68 J. — Clara, T. des verst. Arbeiters Carl Schunka, 8 M. — Friedrich, S. des Eisendrehers Gustav Raschke, 3 Mon. — Stellenbesitzersfrau Johanna Migule, geb. Berner, aus Perschütz, Kreis Trebnitz, 42 J. — Assistenarzt an der Königl. chirurgischen Universitäts-Klinik Dr. med. Hildebrandt, 29 Jahre. — Hedwig, T. des Tischlers Oskar Benkel, 8 W. — Else T. des Tischlers Carl Grosser, 14 Stunden. — Erich, S. des Schneiders Friedrich Moch, 4 Mon. — Nähterin Anna Hoffmann, 84 J. — Carl, S. des Kärrners Ernst Bürkner, 3 Mon. — Alfred, S. des Tapezierers Gustav Schröer, 3 M. — Robert, S. des Holz- und Kohlenhändlers Robert Brunke, 1 J.

Literatur.

Von der „Geschichte des Socialismus“, erster Band: „Die Vorläufer des neueren Socialismus“, redigirt von E. Bernstein und K. Kautsky (Verlag von J. H. W. Dietz in Stuttgart) sind soeben Heft 13 und 14 zur Ausgabe gelangt, und ist damit der erste Theil des ersten Bandes complet geworden. Der erste Theil: Von Plato bis zu den Wiedertäufern von Karl Kautsky, hat folgenden Inhalt: 1. Abschnitt: Der platonische und der christliche Communismus. 2. Abschnitt: Die Arbeiterbewegung im Mittelalter und im Zeitalter der Reformation (Lage und Kämpfe der Handwerksgesellen und der Bergarbeiter). 3. Abschnitt: Der Communismus im Mittelalter und im Zeitalter der Reformation (die Klöster, Waldenser, Patarener, Begharden, Lollharden, Taboriten, Böhmische Brüder, Münzer, die Wiedertäufer). XII und 436 Seiten groß Octav. Preis broschirt Mark 3.—, gebunden in Halbfranz Mark 5.50, in Leinwandband Mark 4.50. Auch in Lieferungen à 20 Pfennig zu beziehen. Probehefte sind durch alle Buchhandlungen und Colporteure zu erhalten.

Briefkasten.

Einsender des Berichts über die letzte Versammlung des socialdemokratischen Vereins. Wir bitten um Ihren Besuch in der Redaction.

Für den Localfond gingen ein: Ertrag einer amerikanischen Auction durch Gen. F. Müller 3,60 Mark. Die Summe ist dem Parteifond überwiesen worden.

R. Tietze,
Bezirksleiter.

Stadt-Theater.

Donnerstag:
Zum 1. Male:
„Es war einmal".

Lobe-Theater.

Donnerstag:
„Königin Louise".
Freitag:
„Königin Louise."

Victoria-Theater

(Simmenauer-Garten.)
Täglich:
Specialitäten-Vorstellung.
Anfang 8 Uhr.

Eppmann's Panoptikum,

Ohlauerstraße 64, I. Etage.
Nur kurze Zeit zu sehen.
Neu angekommen
Lebend! Lebend zu sehen. Lebend!
„La belle Irène",
„Die weltberühmte tätowirte Amerikanerin". 3614
Tägl. v. 12 Uhr Mittags bis 9 Uhr Ab. zu sehen.
Eine Million Nadelstiche waren erforderlich zur Ausführung dieser kunstvollen Tätowirung, welche **400** Bilder in den prachtvollsten Farben aufweist.

Circus Renz.

Breslau, Louisenplatz.
Heute Donnerstag, 14. März c., Abends 7½ Uhr:
Parade-Gala-Vorstellung.
Novität! Novität!
Zum ersten Male
Ein Künstlerfest.
Große Ausstattungs-Pantomime v. Hofballetmeister **A. Siems.** Auf das Glänzendste inscenirt vom **Direktor Fr. Renz.**
Unter Mitwirkung des gesammten Personals. **Vollständig neue und prachtvolle Ausstattung mit überraschenden Licht- und Wasser-Effekten. Kinder-Orchester. Ballet von 100 Damen. Großer Blumen-Corso.** Außerdem: **Blondel** ostpreußischer Hengst. Hierauf **Monstre-Monstre-Tableau** von 60 Freiheitspferden, dressirt u. vorgeführt vom **Direktor Fr. Renz.** Das Schulpferd **„Prinz"**, geritten von Herrn **Rob. Renz. Konkurrenz-Schule**, geritten von den Damen Frl. **Vally Renz** und Frau **Renz-Stark.** Die weltberühmte **Bonhair-Truppe.** Auftreten der vorzüglichen excentrischen Clowns **Gebr. Filiani,** 2c. 2c.
Der Billet-Vorverkauf für **numerirte Plätze** findet in dem Cigarren-Geschäft des Herrn **G. A. Schlick,** Schweidnitzerstraße Nr. 28 (Ecke Zwingerplatz) an Wochentagen von Vormittags **10** Uhr bis Nachmittags **5** Uhr statt. — **Ohne einen mit meiner Unterschrift versehenen Billetzettel darf nichts verabreicht werden.**
Nach Schluß der Vorstellung stehen Wagen der Electr. Bahn zur Beförderung des Publikums nach **Scheitnig** an der **Heinrichstraße** u. nach **Morgenau** am **Sonnenplatz.**
Morgen Freitag, 15. März c., Abends 7½ Uhr:
Große Vorstellung:
„Ein Künstlerfest".
Sonntag, den 17. März:
2 gr. Extra-Vorstellungen:
Nachmittags 4 Uhr (1 Kind frei)
„Die lustigen Heidelberger".
Abends 7½ Uhr.
„Ein Künstlerfest".
Fr. Renz,
3629 Kgl. Commissionsrath.

Striegau.

Arbeiter-Verein.
Sonntag, den 17. März cr., Nachmittags 3 Uhr
im Gasthof zur „Stadt-Breslau": Beitragserhebung u. Aufnahme neuer Mitglieder. — Um zahlreiches Erscheinen ersucht. **Der Vorstand.**

Dienstag, den 19. März, Abends 8 Uhr:

Oeffentl. Frauenversammlung

im großen Saale des „Deutschen Kronprinzen", Kurzegasse 50/52.
Tagesordnung: 1. Vortrag des Redakteur Julius Bruhns: „Das Wahl- und Stimmrecht für die Frauen und Mädchen. — 2. Diskussion. — 3. Verschiedenes.
Entree 10 Pf. — Männer sind eingeladen.
Die Einberuferin.

Gesangs-Abtheilung

des sozialdemokrat. Vereins für Breslau und Umgegend.
Jeden **Freitag** von 8—11 Uhr:
Uebungsstunde
im Vereins-Lokal (Neumarkt Nr. 8).
Pünktliches Erscheinen sämmtlicher Mitglieder ist **Pflicht.**
Beiträge zum Verein werden entgegen genommen.
Der Obmann.

„Union"

Allgemeine Kranken- u. Sterbekasse der Tischler

und anderer gewerblicher Arbeiter.
(Eingeschriebene Hilfskasse.)

Mitglied dieser Kasse kann jeder in Breslau wohnhafte Geschäftsmann, Handwerker, Arbeiter u. s. w. werden, welcher das 45. Lebensjahr noch nicht überschritten hat.

Das Beitrittsgeld beträgt in der 1. Klasse 30 Pfg., 2. Klasse 50 Pfg., 3. Klasse 75 Pfg., 4. Klasse 100 Pfg.

Der wöchentliche Beitrag vorstehender Klassen beträgt 1. Klasse 20 Pfg., 2. Klasse 30 Pfg., 3. Klasse 40 Pfg., 4. Klasse 50 Pfg.

An Krankengeld und zwar für die Dauer von 26 Wochen wird gewährt:

1) 6,20, 2) 9,30, 3) 12,40, 4) 15,60 Mark.

Das Sterbegeld nach 1jähriger Mitgliedschaft beträgt 36, 54, 72, 90 Mark. 3602

Kassenlocal: **Heider's Brauerei,** Herrenstraße Nr. 19.
Kassenstunden: Jeden Sonnabend Abend von 8—10 Uhr.
Der Vorstand.

Ohlau! Ohlau!

Oeffentliche Protest-Versammlung

gegen die geplante Tabakfabrikatsteuer
Sonntag, den 17. März 1895, Nachmittags 3 Uhr
im Hotel „zum preußischen Hof".
Tages-Ordnung:
1) Die Tabakfabrikatsteuer und ihre Folgen. Referent: **Julius Bruhns,** Redakteur aus Breslau.
2) Diskussion.
3) Beschlußfassung über eine Protest-Resolution an den Reichstag.

Zu dieser wichtigen Versammlung sind alle Einwohner Ohlau's eingeladen. Frauen haben Zutritt. **Die Commission.**

Thalia-Theater.

Dienstag, den 19. März
Siebente

Volks-Vorstellung.

„Uriel Acosta"

Preise der Plätze: I. Rang 50 Pf., Parquet und Balcon 50 Pf., II. Rang 30 Pf., III. Rang 20 Pf., Gallerie 10 Pf.

Der Billet-Verkauf findet täglich bei **A. Vogel,** im Restaurant zum „weissen Hause", Schmiedebrücke 51. **V. Liepelt,** Nicolaistrasse 63. **A. Bergmann,** Adalbertstrasse 26 II. **Skowronek,** Vincenzstrasse 8 III und bei **C. Veye,** an den Kasernen 7b. II. und in der Expedition der „Volkswacht" statt. **Die Commission.**

Fabrik von Arbeitersachen

Spezialität. Arbeitshosen.
E. Liedecke, Stockgasse Nr. 30.
En gros. 2476 **En detail.**

Mit dem Anstich unseres hochfeinen, hellen
Pilsener Bieres
mit vorzüglichem Hopfen-Aroma
haben wir begonnen. 2460
Gleichzeitig empfehlen wir unser aus feinstem Hopfen und Malz eingebrautes
hellen und dunklen Lagerbiere.
Brauerei Wünsche & Co.
Grünsche-Breslau.

Konfirmandinnen-Kleider
bekommt man von **10 Mark** an,
schwarze Kleiderröcke
von **5 Mark** an bei
Schütz, Stockgasse 19.
Auch werden Stoffe z. Verarbeitung angenommen. 3627

Wer gut und billig kaufen will, besuche die Auctionen von 3612
Gerstel, fr. Mehlhose, 70 Matthiasstraße 70.

Nur noch kurze Zeit
dauert der Ausverkauf
Bohrauerstr. 33
zu **und unter dem Selbstkosten-preise.**
Baumwolle, Doppellage 6 Pfg., **Wolle** 15 Pfg., **Handtücher** 15 Pfg., **Tischtücher 70, weiß 80 Pfg., Servietten** 25 Pf., **Bettlaken** 75 Pf., **Züchen** 20 Pf., **beste leinene Züchen 30 Pf., Bettdekendamast,** richtige Breite, 60 Pf., **Inlets** 25 Pf., **Strohsäcke** 80 Pf., **Züchenrattune,** beste Qual., 25 Pf., **Gardinen,** weiß und bunt, 20 Pf., **gestr. Wallis,** zu Damenwäsche, 25 Pf., **Shirting** 15 Pf., **Bettdamast** 35 Pf., **Damast** 20 Pf., **Leinen** 25 Pf.

Herrengarderobe
weit unterm Selbstkostenpreise Knaben-Anzüge, Mädchenkleider spottbillig, Arbeiterhosen von 1 Mark an, halbechte Hamburger 3 und 3½ Mark, Kleiderstoffe, Wäsche zu jedem 2922
nur annehmbaren Preise.
Nur
Bohrauerstraße 33.
Günstige Gelegenheit für Händler und Hausirer.
Laden zu vermiethen.
Geschäftseinricht. zu verkaufen.

Confirmations-
und
Herren-Anzüge
in
Cheviot, blau Satin, Kammgarn, Velour 2c.
Größte Auswahl.
Beste Ausführung.
Kleidsamste Façon.
Bekanntlich reellste Qualitäten zu unerreicht billigen, aber streng fest Preis,
welche mit deutlichen Zahlen auf jedem Stücke versehen sind.
Bestellungen nach Maaß werden in eigener Werkstatt unter Leitung geschulter Kräfte von Mk. **24** an sauber und elegant mit den besten Zuthaten versehen angefertigt.
S. Hurtig,
Herren- u. Knaben-Garderoben-Fabrik
einzig und allein nur
Ohlauerstr. 84,
1. Etage,
Eingang Ecke Schuhbrücke.

Polster-Werg
Roßhaare, Agara, Indiafaser, Al
gras, Seegras, Federn, Möbelsch
Furre, Bindfaden, Stränge, S
Wäscheleinen, Hängematten, P
Taschen empfiehlt billigst
Jul. Moritz, Seile
meist
44, Kupferschmiede-Str. 4

Der Verkauf von ca.
800 Kilogr
Tischtüchern, Servietten, Taschentüchern, Handtüchern, Ueberhandtüchern u. s. w.
mit Webefehlern findet zu bekannt
sehr billigen Preisen
bis auf Weiteres nur
6 u. 7, Blücherplatz 6 u.
statt. 365
Adolf Fink.
Auch reelle bessere Sachen zu Fabrikpreisen.

Verantwortlicher Redakteur: **H. Kraetke;** — Redaktion: Neue Graupenstraße 5/6; — Für den Inseratentheil: **E. Lehr;** — Expedition: Neue Graupenstraße 5/6
Verlag von **C. Schütz & Co.;** — Druck von **Th. Schatz;** — Sämmtlich in Breslau.